

# DER Offizier

Ausgabe 1/2017 × Zeitschrift der Österreichischen Offiziersgesellschaft



Tag der Wehrpflicht |

LRSiOp „DÄDALUS“ |

Internet der Dinge |

## Bundespräsident und Oberbefehlshaber des Bundesheeres

# OBSERVER

## LV-Budget: Mehr, aber doch nicht ausreichend

**L**iebe Leser, Sie werden sich bestimmt erinnern, dass ich vor etwa einem Jahr vorsichtig optimistisch über die Lage im Bundesheer geschrieben habe („Der Offizier“ 2/2016). Doch ich verwies auch darauf, „dass noch immer Vorsicht bei Beurteilungen der Lage geboten ist“. Denn für eine echte Verbesserung ist Zeit erforderlich, weil der sowohl dringend erforderliche Personalaufbau wie auch die materiellen Anschaffungen mehrere Jahre benötigen, bis sie effizient werden.

### Sonderinvestitionen

Es ist sehr erfreulich, dass es dem Verteidigungsminister gelungen ist, einen zusätzlichen Budgetanteil für Investitionszwecke zu bekommen. Wie aus dem Parlament berichtet wurde, konnte für das Bundesheer ein Sonderinvestitionsprogramm vereinbart werden, das insgesamt 350 Millionen Euro als Sonderfinanzierung für die Jahre 2016 bis 2019 umfasst. Im Jahr 2017 sollen 96 Millionen Euro daraus investiert werden, für die Folgejahre ist im Wesentlichen eine gleichmäßige Verteilung der verbleibenden 254 Millionen Euro geplant. Ab dem Jahr 2020 soll eine zweite Tranche an Mitteln im Ausmaß von 266 Millionen Euro einfließen, womit insgesamt 616 Millionen Euro zusätzlich in das Heer investiert werden sollen. Soweit nach dem derzeitigen Stand. Offen ist, was sich bis 2020 politisch verändern wird und wie das auf das Heer wirken wird.

/ Sieht man diesen Investitionsschub realistisch, werden überwiegend Rückstände aufgeholt. Man könnte damit sagen, dass das, was derzeit zufließt, nur den reduzierten Standard aufrechterhält, aber noch kein wirklicher Zuwachs erfolgt. Am Beispiel der Kraftfahrzeuge dargestellt, erfolgt ein Ersatz der derzeit auszuscheidenden Geräte, aber noch keine Auffüllung der früher entstandenen Fehlbestände.

/ Der Verteidigungsminister ist zufrieden, denn der Großteil des Anstiegs im Budget, insgesamt 223 Millionen Euro, umfasst Mittel, die „für die aktuellen Herausforderungen in sicherheits- und migrationspolitischer Hinsicht bereitgestellt werden“. Die budgetierten Mittel würden den Zielen, die man sich jetzt gesteckt habe, durchaus entsprechen. Fürs Erste stimmt das, aber reicht das? Ein Heeresausbau

benötigt permanente Mittelzuführungen und langfristige Planungen. Und wenn man die vielen Sparpakete der letzten Jahre betrachtet, dürften diese Steigerungen noch immer zu wenig sein. Manche Oppositionspolitiker sind der Meinung, dass ein Anteil von 1,4 Prozent des BIP an Mitteln für das Heer jetzt und auf Dauer (?) angemessen wäre.

### Das Personalproblem

Wie Leute mit Heereserfahrung wissen, ist ein Heer ohne geeignetes und bestens ausgebildetes Führungspersonal ungeeignet, seine Aufgaben wahrzunehmen. Das gilt für Offiziere und Unteroffiziere des Dienst- und des Milizstandes. Auch wenn man das Heer „attraktiver“ machen möchte, was zweifelsohne geboten ist, sind gute Führungskräfte unverzichtbar. Bei den Offizieren werden die quantitativen Mängel, die angesichts der Sparpakete aufgetreten sind und auftreten werden, unübersehbar. Die letzten ausgemusterten Offiziersjahrgänge des Dienststandes hatten etwa 20–22 Personen, anstatt, wie früher, das Dreifache oder zumindest das Doppelte. Bei den Unteroffizieren ist die Not am deutlichsten erkennbar: Mehr als 50 Prozent des Soll sind nicht vorhanden.

/ Nun gibt es eine dringend gebotene Personaloffensive, doch trotz dieser werden Frischzugänge frühestens in 2–3 Jahren der Truppe zur Verfügung stehen, bei Offizieren erst in vier Jahren. Dass dabei die Pensionierungen der starken Geburtsjahrgänge 1955 und 1956 stattfinden, macht die Situation besonders dramatisch.

/ Dass der Minister weiterdenkt als nur an das Notwendigste, erfordert Respekt. Sein Ansatz sei, erklärte er im Parlament, dass das Bundesheer grundsätzlich attraktiver gemacht werden müsse. Das bedeute, dass auch das Gehaltsschema neu betrachtet werden müsse. Überlegungen gebe es auch für den Bereich der Miliz, etwa welche Ausbildungen man anbieten könne, die auch in der Privatwirtschaft von Nutzen sein können.

/ So nützlich diese Überlegungen auch sind, in der aktuellen Lage werden sie kaum Abhilfe schaffen. ❌

Observer

## Inhalt

- 4 Brief des Präsidenten
- 7 Tag der Wehrpflicht
- 12 Lage im Südchinesischen Meer
- 15 Atlantic Resolve
- 17 Internet der Dinge
- 22 Eurofighteranzeige
- 23 Luftraumoperation Dädalus
- 26 Bauoffensive
- 27 Einnahme der Neugliederung
- 28 Zeitschrift Fokus
- 29 Bundespräsident und Oberbefehlshaber

### DER OFFIZIER

**Medieninhaber und Herausgeber:** Österreichische Offiziersgesellschaft, Schwarzenbergplatz 1, 1010 Wien, ZVR-Zahl: 795014511 | **Chefredakteur:** GenMjr Mag. Herbert Bauer | **Erscheinungsort:** Wien | **MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:** Bgdr i. R. A. Eigentler, MSD; Obst i. R. O. Heel (Tirolbeilage); M. Musner; M. Sala  
**Marketing:** Dr. Michael Radike, marketing@oeog.at |  
**Hersteller:** TARGET GROUP Publishing GmbH, Brunecker Straße 3, 6020 Innsbruck |  
**Druck:** Ing. F. Feilhauer, 2620 Neunkirchen, Seebensteiner Straße 1 | **Fotos:** Titelbild: HBF/Peter Lechner; andere gem. Einzelnachweis.

Namentlich gezeichnete Beiträge müssen sich nicht mit der Meinung des Herausgebers decken. Unaufgefordert eingesandte Beiträge bedeuten keine automatische Veröffentlichung.

Internet: [www.oeog.at](http://www.oeog.at), [deroffizier@oeog.at](mailto:deroffizier@oeog.at)

### Offenlegung gemäß § 24 und § 25 Mediengesetz:

Die Zeitschrift „Der Offizier“ befindet sich zu 100 % im Eigentum der Österreichischen Offiziersgesellschaft, 1010 Wien, Schwarzenbergplatz 1. Die Richtung der überparteilichen Zeitschrift ist durch die Statuten der ÖOG bestimmt und bezweckt Information in Wort und Bild zu Themen der österreichischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

## Vorwort

**Sehr geehrte Leserin,  
sehr geehrter Leser!**

Der Tagesbefehl von Bundespräsident Dr. Alexander Van der Bellen, anlässlich seines Amtsantritts, beginnt mit den Worten: „Mit der Funktion des Bundespräsidenten der Republik Österreich bin ich auch Ihr Oberbefehlshaber geworden. Diese Funktion werde ich sehr ernst nehmen und sehe mich damit als Ihr Schirmherr und Unterstützer.“ In der Folge signalisiert der neue Oberbefehlshaber Wissen und Verständnis um das Bundesheer und seine wertvollste Ressource, das Personal: „Wo auch immer Sie im Einsatz waren und stehen, haben Sie sich Respekt und Anerkennung für Ihre gewissenhafte Pflichterfüllung und professionellen Leistungen erworben. Dies sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene.“ „No na, wird er das sagen“, hüstelt der passionierte Kritiker und veranlagte Nörgler. Aber muss er das wirklich sagen? Kann es nicht sein, dass er es auch wirklich so meint? Natürlich sind es im Moment nur Worte, aber wahrzunehmen, dass es ausgesprochen wurde, dass es ausgesprochen werden wollte, erscheint wohl wichtig. Interessant und wohl auch sehr wichtig sind dann auch nachstehende Aussagen: „Damit Sie Ihre Aufgaben erfolgreich bewältigen können, liegt es in der Verantwortung von Bundesregierung und Parlament, Ihnen dafür die notwendigen personellen, materiellen und infrastrukturellen Mittel zur Verfügung zu stellen. Als Ihr Oberbefehlshaber werde ich darauf ein wachsames Auge haben.“ Diese Aussage hat zwar mangels Zuständigkeit für das Budget scheinbar nur geringes Gewicht, aber gesagt ist gesagt und mahnen kann der Bundespräsident wohl immer. Das hat umso mehr Bedeutung, als das fast täglich beschworene Neuwahlgespenst drohende Schatten wirft und sich die leidgeprüften Bundesheerkenner Sorgen machen, wie denn eine allenfalls neue Bundesregierung und ein neu gewähltes Parlament zu den so vitalen Fragen, wie der Sicherheit des Staates, stehen werden. Es bleibt nur zu hoffen, dass die allgemeine Sicherheitslage und vielleicht doch so etwas wie schlechtes Gewissen für vergangenes Kaputtsparen den Ausschlag für vernünftige Finanzierung geben werden.

**Ihr Chefredakteur  
Herbert Bauer**

# Brief des Präsidenten

## Wehrpflicht bedeutet Grundwehrdienst und Milizverwendung



© OÖG/FOTOSTUDIO WILKE

Seit der Volksbefragung im Jahr 2013 stehen häufig die Verbesserungen für die Grundwehrdiener im Vordergrund. Diese sind auch dringend nötig, da jährlich tausende junge Österreicher ihren Grundwehrdienst leisten und dann Multiplikatoren für oder gegen das Bundesheer sind.

Aber erst durch eine anschließende Milizverwendung wird jenes System lebendig, das von unserer Verfassung vorgesehen ist: Milizsoldaten verkörpern den „Staatsbürger in Uniform“. Sie sind „twice a citizen“ – eine Charakteristik des Reservisten, die Winston Churchill zugeschrieben wird.

„Die Bedeutung einer von der Gemeinschaft selbst getragenen Schutz- und Verteidigungseinrichtung, die nur für Ausbildungs- und Einsatzzwecke zusammentritt, ist ein Wesensmerkmal des Idealtypus der Miliz. Dies erfordert die geistige Bereitschaft zur ständigen Mitwirkung an der Gemeinschaftsaufgabe der Verteidigung nach Maßgabe der jeweiligen individuellen Möglichkeiten“, so steht es in den Stenographischen Protokollen des Nationalrates zur Regierungsvorlage 498, mit der das Milizsystem in der Verfassung verankert wurde. Deshalb sind wir heute – am 4. Tag der Wehrpflicht – zusammen-

gekommen. Wir wollen einen Dialog unterstützen, der eine Partnerschaft zwischen Wirtschaft und Militär fördert und die Möglichkeiten der Wirtschaft einfordert.

In den letzten Jahren war oft zu hören, dass verschiedenste Vorschläge – z. B. die Wiedereinführung des 6+2-Modells – nicht umsetzbar wären, „weil da die Wirtschaft nicht mitspielt“. Deshalb ist es wichtig, der Wirtschaft konstruktiv den Mehrwert von Sicherheit und Militär nahezubringen. Wir tun das nicht als Bittsteller, sondern in dem Bewusstsein, dass wir auch etwas anzubieten haben.

### Wirtschaft und Landesverteidigung

1. Wir wissen, dass nur ein verschwindender Teil der Arbeitnehmer – es sind 0,36 % – eine Milizfunktion wahrnimmt und übungspflichtig ist. Die dabei 2016 geleisteten Übungstage – es waren etwa 106.000 – entsprechen nur 0,20 % der Krankenstandstage. Nur aus einer Zwergenperspektive fühlt man sich von solchen Zahlen bedroht. Selbst bei einer Verdoppelung der Miliz-Soldaten – zum Beispiel durch Anwendung des § 21 Abs. 3 des Wehrgesetzes – besteht keine Gefahr für die österreichischen Unternehmen.

2. Sichere und stabile Verhältnisse sind die Grundlage für wirtschaftliches Handeln. Fehlt diese Basis, ist der wirtschaftliche Schaden enorm. Denken wir an die Stahlwerke in der Ostukraine, denken wir an die zerstörte Stadt Aleppo. Dort findet keine Wertschöpfung mehr statt. Das Militär ist die einzige Organisation, die darauf vorbereitet ist, in einem instabilen Raum operativ tätig zu werden. Bedenken wir doch, dass selbst die Polizei nur tätig wird, wenn ein grundsätzlich friedliches Umfeld besteht. Das ist auch ein wichtiger Hinweis auf die aktuelle Debatte über die Kompetenzgrenzen zwischen Polizei und Bundesheer.

3. Das Bundesheer ist aber auch ein Wirtschaftsfaktor. Wenn beispielsweise heuer 200 Millionen Euro in Beschaffungen investiert und 34 Radpanzer Pandur in Wien-Simmering hergestellt werden, dann ist das positiv für unsere Wirtschaft und die Arbeitsplätze. Streitkräfte sind mit ihrem Bedarf an Ausrüstung, Betriebsmitteln, Dienstleistungen, Bauaufträgen für alle Infrastrukturbereiche und Serviceleistungen ein nicht unwesentlicher Partner für Industrie und Gewerbe. Je nach Lage – vor allem in grenznahen Gebieten – sind sie auch ein essentieller Partner für die lokale Wirtschaft. Seit Jahrzehnten gibt es Partnerschaften zwischen militärischen Verbänden und zivilen Unternehmen. Diese Partnerschaften gehören mit neuem Leben erfüllt. Ich könnte mir auch ein Konjunkturprogramm vorstellen, bei dem nicht nur die thermische Sanierung von Gebäuden gefördert wird, sondern die Renovierung und Sanierung und sogar auch der Neubau von Kasernen. Wir dürfen nicht nur an die Kosten denken und versuchen, das Verteidigungsbudget möglichst klein zu halten. Wir müssen auch daran denken, dass dieses Geld bei Unternehmen ankommt und dort für Arbeit und Wohlstand sorgt.

4. Heute wird Donald Trump als US-Präsident angelobt. Wie er sein Motto „Make America great again“ versteht, hat er mit der Ankündigung von Schutzzöllen für ausländische Produkte schon anklingen lassen. Wir können mit Abwandlung des Clausewitz-Zitates sagen: „Wirtschaft ist Krieg mit anderen Methoden“. Wenn die USA z. B. fordern, dass Europa die Quellcodes für das Satellitensystem Galileo, mit dem man sich von GPS unabhängig machen will, offenlegt, dann sieht man, worum es

geht. Es ist daher wichtig und richtig, dass sich die EU dieser Problematik bewusstgeworden ist. Eine eigenständige Verteidigungsindustrie ist für die Zukunft Europas unumgänglich. Allerdings muss man auch feststellen, dass die EU in Verteidigungs- und Sicherheitsfragen bisher keine besondere Handlungsfähigkeit beweist. Nationale Vorsorge ist also auch in diesem Feld geboten. Österreich ist in dieser Hinsicht aber weit von einer Autarkie entfernt – wir müssen daher auf Kooperation setzen. Wir dürfen uns nicht der Illusion hingeben, dass wir uns im Alleingang Rosinen herauspicken können. Auch unser Engagement bei Auslandseinsätzen und zukünftig beim Schutz der EU-Außengrenze muss in diesem Zusammenhang gesehen werden. ➤

FAIR GEHANDELT.  
NAH VERSORGT.

Zertifizierte Produkte  
Kaffeespezialitäten  
für Büro bis Großbetrieb  
Energiesparende  
Vollautomaten

cafe+co  
cafeplusco.com

Und wenn wir uns jetzt fragen, ob das mit unserer Neutralität vereinbar ist, dann zitiere ich aus der Sicherheitsstrategie 2001: „Spätestens durch seine vorbehaltlose Mitwirkung an der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU hat Österreich seinen völkerrechtlichen Status der dauernden Neutralität nachhaltig verändert. Im internationalen Vergleich entspricht der völkerrechtliche Status Österreichs damit nicht dem eines neutralen, sondern eines allianzfreien Staates.“ „Es ist nur schade, dass diese Analyse der Bevölkerung weitgehend verschwiegen wurde. Aber es muss uns klar sein, dass in einem geopolitischen Poker zwischen USA, Russland und China Europa nur dann eine Rolle spielt, wenn es einheitlich auftritt. Selbst die größten EU-Länder sind in diesem „Great Game“ völlig bedeutungslos und hoffnungslos unterlegen.“

5. Jede Organisation oder Gesellschaft benötigt Resilienz – also Widerstandskraft gegen Bedrohungen. Wir haben heute

„Wenn Sie etwas Vernünftiges machen wollen, dann machen Sie die Verkürzung des Grundwehrdienstes auf sechs Monate und den Wegfall der verpflichtenden Übungen rückgängig.“  
(Erich Cibulka)

von General Commenda gehört, dass hybride Kriegsführung und Terrorismus die wahrscheinlichsten Bedrohungen für Österreich sind. Dezentrale Angriffe benötigen dezentrale Antworten. Wenn zum Beispiel in Österreich mehrtäglich der Strom ausfällt, dann wird es Menschen brauchen, die handlungsfähig sind und bleiben und Inseln oder Netzwerke der Stabilität bilden. Sie werden diese Fähigkeit nicht nur in einer Einsatzorganisation unter Beweis stellen müssen, sondern auch an ihrem Arbeitsplatz und in ihrer Familie. Diese Kompetenz erwirbt man aber nicht in einer Lehre oder an einer Universität. Man erwirbt sie aber als Soldat und insbesondere als militärischer Führer – als Unteroffizier oder Offizier.

6. Unternehmen, die Miliz-Soldaten oder ehemalige Berufssoldaten beschäftigen, gewinnen damit Mitarbeiter, die Tugenden gelernt haben, die auch die Wirtschaft braucht und sucht – Belastbarkeit, Einsatzbereitschaft, Teamfähigkeit, Sorgfalt und Pflichtbewusstsein und natürlich auch Führungsfähigkeit. Leadership-Entwicklung ist ein zentrales The-

ma für jedes Unternehmen. Kadersoldaten bringen diese Fähigkeiten bereits mit. Es ist eine Bringschuld des Bundesheeres, darauf hinzuweisen, aber es ist auch eine Holschuld der Unternehmen, wenn sie topqualifizierte Arbeitskräfte haben wollen. Ich bin daher davon überzeugt, dass die Trendumkehr im Bundesheer und die Personaloffensive keine Gefahr für die Wirtschaft darstellen, sondern eine Win-win-Situation ergeben.

### Anregungen an die Volksvertretung

Zum Abschluss darf ich noch drei Bitten an die heute anwesenden Abgeordneten richten:

1. Sie haben durch einen parteiübergreifenden Schulterchluss diese Trendumkehr ermöglicht. Helfen Sie bitte weiterhin mit, dass jetzt die Umsetzung zügig vorangeht. Es ist nie-

mandem damit gedient, wenn zugesagte Budgets nicht abgerufen werden können, indem immer neue Begründungen eingefordert werden. Stellen Sie sicher, dass das Bundesheer

auch in Zukunft auf einer soliden finanziellen Basis steht. Sie kennen unsere oftmals formulierte Forderung nach 1 % des BIP für Verteidigung – davon sind wir noch weit entfernt.

2. Wenn Sie etwas Vernünftiges machen wollen, dann machen Sie die Verkürzung des Grundwehrdienstes auf sechs Monate und den Wegfall der verpflichtenden Übungen rückgängig.

3. Und wenn Sie etwas wirklich Großes leisten wollen, dann nehmen Sie sich ein Beispiel an Norwegen und Finnland. Dort heißt allgemeine Wehrpflicht, dass Männer und Frauen gleichermaßen herangezogen werden.

Ich bin sicher, dass unsere Plattform – mit 300.000 Mitgliedern in Österreich – als größte Lobby für das Bundesheer Sie dabei unterstützen würde.

**Rede von Brigadier Mag. Erich Cibulka am 4. Tag der Wehrpflicht am 20. Jänner 2017, Präsident der Österreichischen Offiziersgesellschaft und Vorsitzender der Plattform Wehrhaftes Österreich** ✕



© MOSENER (2)

IV. Tag der Wehrpflicht

## IV. Tag der Wehrpflicht

### „Wirtschaft und Landesverteidigung“

Vor vier Jahren hat sich die österreichische Bevölkerung mit einer klaren Mehrheit für die Beibehaltung der Wehrpflicht ausgesprochen. „Prinzipientreu – in der Sache, wie im Termin“, wie es der Vorsitzende der Plattform, Brigadier Mag. Erich Cibulka, formulierte, wird daher alljährlich am 20. 1. der Tag der Wehrpflicht abgehalten.

Der Tag der Wehrpflicht dient einerseits der Erinnerung an die historische Abstimmung des Jahres 2013, soll aber andererseits auch ein Bewusstsein für die Wehrhaftigkeit und Verteidigungsbereitschaft unseres Staates als solches schaffen und erhalten, aber auch im Diskurs mit Vertretern der Politik und Gesellschaft vertiefend erörtert werden. Der Andrang an Gästen bewies, wie entscheidend die Bedeutung der Sicherheitspolitik in ebenjener Politik und Gesellschaft ist. Unter den etwa 400 Gästen befanden sich Vertreter aus der Politik, wie NRAbg Otto Pendl (stv. Klubobmann und Sicherheitssprecher der SPÖ), NRAbg Mag. Michael Hammer (amtsführender Vorsitzender der Parlamentarischen Bundesheerkommission, ÖVP), NRAbg Oberst

Dr. Reinhard Bösch (Vorsitzender des Landesverteidigungsausschusses und Wehrsprecher der FPÖ), NRAbg Dr. Georg Vetter, NRAbg Oberst DDR. Hubert Fuchs und LAbg Oberleutnant Marco Triller. Darüber hinaus fanden sich höchste Offiziere und Ressortangehörige des Landesverteidigungsministeriums sowie zahlreiche Funktionäre und Mitglieder der wehrpolitischen Organisationen unseres Landes ein.

### Wirtschaft braucht Sicherheit

Das Thema der Veranstaltung war „Wirtschaft und Landesverteidigung“. So schien es naheliegend, in den Räumlichkeiten der Wirtschaftskammer Österreichs jene Akzente zu erörtern, die die Schnittstelle zwischen Heer, Gesellschaft und Wirtschaft darstellen. Dr. Richard Schenz, Vizepräsident der Wirtschaftskammer Österreich, unterstrich dabei: „Die Wirtschaftskammer hat sich immer zu der Wehrpflicht bekannt. Wir sehen das Österreichische Bundesheer als Garant für die Sicherheit und Stabilität in unserem Land, was auch für den Wirtschaftsstandort von Bedeutung ist.“ Er betonte dabei,

dass Sicherheit ein Thema ist, das allenthalben als Selbstverständlichkeit betrachtet wird, ohne dass Vertreter der Wirtschaft oder der Politik vertiefend darüber nachdenken. Aber: „Die globalen Entwicklungen der letzten Jahre haben uns wachgerüttelt! Allzu lange haben wir uns in einem sicherheitspolitischen Dämmer Schlaf befunden“, gibt Dr. Schenz den Herausgeber der Zeitschrift „Die Zeit“ beim sicherheitspolitischen Jahresauftakt des Landesverteidigungsministeriums wieder. Sicherheits- und Verteidigungs- ➤



Dr. Richard Schenz, Vizepräsident der Wirtschaftskammer Österreich

politik ist ein Thema, das alle Teile der Gesellschaft betrifft, weshalb er klarstellte, dass ihm die seit November 2015 bestehende Allianz „Militär und Wirtschaft“ wichtig ist. Ebenso brachte er zum Ausdruck, dass es in seinen Augen von entscheidender Bedeutung sei, sich von den USA sicherheitspolitisch loszulösen und eine souveräne Wehrpolitik zu betreiben: „Mir macht es nichts aus, dass Trump Europa vernachlässigen möchte, da wir dann endlich draufkommen, dass wir eine eigene Sicherheits- und Verteidigungspolitik und eine eigene Außenpolitik brauchen, und nicht immer hinter den Anweisungen der Amerikaner hinterherrennen“, so Dr. Schenz, was mit großem Applaus erwidert wurde.

### „Die Krise in Europa hat noch gar nicht richtig begonnen!“

Als erster Referent nutzte General Mag. Othmar Commenda, Chef des Generalstabes, die Möglichkeit, um die Vorzüge der Wehrpflicht gegenüber anderen Wehrsystemen zu unterstreichen. Dies stelle sich gerade auch bei Gesprächen mit Vertretern anderer Armeen, die einen Systemwechsel erlebt haben, heraus: „Wenn man will, kann man mit jungen Menschen auch sehr früh sehr viel erreichen. Und das spricht für die Wehrpflicht!“

„Wir haben in Europa eine Entwicklung, die von vielen Menschen in der Politik nicht wahrgenommen wird oder die verweigert wird. Wir haben ein verstärktes Wirksamwerden von Bedrohungen auch bei uns. Und das spüren wir mittlerweile“, urteilte Commenda und stellte eingehend die aktuelle Bedrohungslage in Europa dar, die neben Terrorismus auch vermehrt Cyberkriegsführung umfasst. Bezüglich letzterer erläuterte er: „Hier können mit viel geringeren Mitteln viel größere Schäden angerichtet werden.“ Aus diesem Grund bräuchte es seiner Ansicht nach eine eigene Teilstreitkraft für Cyberkriegsführung. Illustrierend verglich er diese Bedrohungen mit einem



© MOSENER(4)

Krebspatienten, der lange nicht spüre, dass eine lebensbedrohliche Krankheit in ihm aufkeimt und er unter Umständen diese nicht überleben wird.

„In diesem Sinne stellt gerade die Massenmigration aus Asien und Afrika eine massive Sicherheitsbedrohung für Europa dar. Einerseits bekommen im Windschatten jener Wanderungen Terroristen Zugang zu Europa, andererseits führt diese Migration (neben der ohnehin stetigen Zuwanderung der letzten Jahrzehnte) zu einer immer stärker werdenden Parallelisierung der ethnischen Gruppen, weshalb erhebliche kulturelle Konfrontationen zu befürchten sind. Die Migration werde nicht so schnell nachlassen. Schätzungen zufolge wird sich die Bevölkerung Afrikas bis 2050 von einer auf zwei Milliarden Menschen verdoppeln, wobei dem Kontinent selbst nicht ausreichend Ressourcen zur Verfügung stehen. „Dort werden Menschen geboren, die keine Zukunft haben. (...) Das Migrationsproblem in Europa hat noch nicht einmal begonnen, und ich glaube Europa muss sich darauf massiv vorbereiten!“, folgerte Commenda.

„Auch mit einem Blick auf geopolitische Entwicklung konnte der Chef

des Generalstabes einen deutlichen Wandel feststellen: „Das sicherheitspolitische Umfeld erlebt eine ständige Veränderung. Wenn wir anfangen zu reagieren, haben wir bereits eine völlig neue Situation.“ Insbesondere ging er auf die vermehrte Destabilisierung der Europa umgebenen Staaten ein und nannte als Beispiel Tunesien, das mehr und mehr in den Blick des IS gerät. Auch orientieren, wie es eingangs ebenso Dr. Schenz erwähnte, die USA sich neu und verlagern ihr geostrategisches Schwergewicht in Richtung Pazifikraum. Commenda beschrieb die



General Mag. Othmar Commenda, Chef des Generalstabes

NATO-Staaten Europas als orientierungslos und verunsichert: „Generalstabschefs der NATO sind besorgt. (...) Man hat eine große Sorge um die Entwicklung in Europa, man hat aber kaum Rezepte dafür.“

„Erleichtert äußerte sich Commenda über die Lage des Österreichischen Bundesheeres, das sich auf Grund der finanziellen Budgetverbesserung 2016 wieder auf einem Regenerationskurs befindet. Daraus folgt ebenso, dass das Bundesheer auch für Grundwehrdiener wieder attraktiver wird. Aktuell ist beabsichtigt, jährlich 100 Millionen Euro in die bauliche Infrastruktur zu investieren. Des Weiteren besteht der Wunsch nach Erweiterung des Kaderpersonals, insbesondere im Bereich der Unteroffiziere. Für die Miliz soll unter anderem in Ausbildung und Ausrüstung investiert werden. Sorge bereitete ihm nur, dass die veranschlagten Mittel nur bis 2021 garantiert sind und nicht sicher ist, was danach zur Verfügung stehen wird.“

„Trotz dieses Aufschwungs gab Commenda jedoch zu bedenken: „Das Jahr 2016 hat gezeigt, dass nichts ga-

rantiert ist und dass wir Sicherheitsstrukturen in Europa haben, die auf Dauer immer wieder infragezustellen sind, da diese mehr und mehr wirkungsloser werden können.“ Deshalb ist unabhängig von finanziellen Gegebenheiten ein breites Einsteigen für die Wehrbereitschaft notwendig, da „ohne die geistige Landesverteidigung alle Anstrengungen wirkungslos sind“, urteilte Commenda.

### Die EU als schwerfälliger Forschungsförderer

Sicherheitspolitik ist immer im internationalen Kontext von Bedeutung. Gerade die Europäische Union spielt für die Sicherheit Europas eine entscheidende Rolle. „Jahrelang hat die EU als solche davon gelebt, dass sie der Garant für Frieden in Europa war und als solcher gesehen wurde. Mittlerweile erkennen die Bürger, dass Sicherheitsbedrohungen zum Alltag gehören, und das ist mehr als traurig!“, beurteilte Sylvia Kainz-Huber, Vertreterin der EU-Kommission, die Entwicklungen in Europa, an denen die Institutionen der EU – gerade auf Grund



Brigadier Mag. Erwin Hameseder, Milizbeauftragter des Österreichischen Bundesheeres

ihrer Unfähigkeit, sich auf Maßnahmen zu einigen – einen maßgeblichen Einfluss hatten und haben.

„Kainz-Huber erörterte in ihrem Beitrag Konzepte der EU-Kommission bezüglich eines Verteidigungsaktionsplanes und eines Verteidigungsfonds, im Rahmen dessen sie auf Details der Förderung der europäischen Verteidigungsindustrie einging. Diese seien notwendig für die Entwicklung zukunftsweisender Technologien und Fähigkeiten, da insbesondere kleinere Staaten Schwierigkeiten mit der Finanzierung militärischer Forschung hätten. Deshalb bräuchte es ihrer Ansicht nach ein Mehr an Effizienz und Zusammenarbeit. Sehr detailliert stellte sie Projektmanagementkonzepte der EU, die Programmplanungen für Haushaltsmittel sowie Leitlinien zur Geldverteilung dar und gab den Zuhörern einen Einblick in die komplexen Verfahrensmuster der EU-Kommission. Eine Darstellung konkreter Projektumsetzungen und Maßnahmen blieb sie dem wehrpolitisch interessierten Publikum jedoch schuldig.“

„Es wurde aber deutlich, dass durch die gemeinsame Finanzierung alleine für Grundlagenforschung fünf Milliarden Euro bereitgestellt werden, was ein Mehrfaches des österreichischen Jahresbudgets für Verteidigung ausmacht.“

### Wirtschaft und Miliz

„Der Wirtschaftsstandort ist auf ein rasches und umfassendes Krisenmanagement der Republik angewiesen.“



Sylvia Kainz-Huber, Deputy Head of the defence, aeronautic and maritime industries unit at the European Commission's Directorate General for Enterprise and Industry



V. l. n. r.: GenLt Bair, GenLtiR Apfalter, BM a. D. Fasslabend, Bgdr Thaler, BgdrKaponig, GenMjr Striedinger, GenLt Leitgeb; dahinter Gen iRMajcen

© MOSENER 8)

Nachhaltige Investitionen sind nur vorstellbar, wenn Konzerne auch nachvollziehen können, dass die Sicherheitsapparate der Republik in der Lage sind, Krisensituationen zu managen und dadurch die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu garantieren“, erläuterte Brigadier Mag. Erwin Hameseder, Milizbeauftragter des Bundesheeres, die Bedeutung eines wehrfähigen Staates. Ohne diese Voraussetzungen besteht laut Hameseder keine Chance, Investitionen zu lukrieren und Arbeitsplätze zu schaffen. Er betonte, dass die Weltwirtschaft sich zusehend vernetzt, jedoch nicht mehr den Wohlstand der

letzten Jahrzehnte produziert. Auf Grund dessen werden Verteilungskämpfe zunehmen. Da die Weltbevölkerung wächst und immer mobiler wird, werden kulturelle Reibungen entstehen, die auch in der Wirtschaft bemerkbar werden. So schlussfolgert Hameseder, dass sich auch in Zukunft die Einsatzwahrscheinlichkeit der Miliz im Inland weiter erhöht. Ein Austausch und Vernetzen zwischen Vertretern der Wirtschaft und der Miliz ist daher von entscheidender Bedeutung.

/ Die österreichische Wirtschaft wird von Klein- und Mittelunternehmen geprägt, was bedeutet, dass 95% der Unternehmen über weniger als 20 Mitarbeiter verfügen. Mehr als drei Viertel sind Einzelunternehmen. Daraus folgerte Hameseder, dass es für die Mehrheit der Unternehmen schwierig sei, Milizsoldaten abzustellen. Andererseits unterstrich der Milizbeauftragte, dass mit 15.000 übungspflichtigen Milizsoldaten nur etwa 0,38 % der Erwerbstätigen von einer Einberufung zu Übungen und Einsätzen betroffen seien, und verdeutlichte damit den verschwindend geringen „Schaden“, der durch das Milizsystem an der Volkswirtschaft entstehe.

/ Jedoch sollten weder die Unternehmen noch die Soldaten Leidtragende eines Systems sein, das auf die individuellen Umstände keine Rücksicht nimmt. Aus diesem Grund sollen flexible Konzepte entworfen und vermittelt werden, um die Kombination von Wirtschaft und Miliz funktionsfähig

zu machen. Denn „es darf nicht sein, dass Milizsoldaten, die sich freiwillig aus Überzeugung melden, berufliche Nachteile erleiden“, forderte Hameseder. In diesem Sinne sollen Arbeitsgruppen mit Vertretern der Wirtschaft, des Heeres und der Sozialpartner gegründet werden. „Es geht darum, Verständnis für die Aufgaben und Notwendigkeiten der Miliz in die Bevölkerung, und damit zu den Arbeitgebern zu transportieren. Dabei muss es uns gelingen, den Vorteil darzustellen, den ein Milizsoldat für die Wirtschaft mitbringt“, verdeutlichte Hameseder die Absicht, Synergien und Mehrwerte, die Milizsoldaten in die Wirtschaft einbringen, aufzuzeigen. Darunter fallen etwa Führungsfähigkeit, Teamfähigkeit, Durchhaltefähigkeit, Disziplin und viele mehr. Vorteilhaft wäre, beispielsweise sich gegenseitig Schulungen und Qualifikationen anerkennen zu lassen, um damit „Doppelausbildungen“ zu ersparen. Als weitere Punkte bemerkte er das Erfordernis, die Arbeitsplatzsicherung an moderne Gegebenheiten anzupassen, oder die Idee, Milizgütesiegel für milizfreundliche Unternehmen einzuführen. All dies fördere den positiven Austausch von Unternehmer- und Soldatentum.

### Soldaten als „Inseln der Stabilität“

Zuletzt führte Brigadier Mag. Erich Cibulka, Vorsitzender der Plattform Wehrhaftes Österreich und Präsident der Österreichischen Offiziersgesell-

schaft, die Sicht der Plattform aus. Dabei hielt er – auf die Vorredner eingehend – fest: „Jede Gesellschaft benötigt die Fähigkeit, widerstandsfähig gegen Bedrohungen zu sein!“ Er unterstrich, dass das Heer die einzige Organisation sei, die unter instabilen Verhältnissen agieren könne. Er betonte, dass selbst die Polizei nur unter stabilen Verhältnissen handle, was gerade auch im Hinblick auf die Debatte rund um die Kompetenzverteilung zwischen innerer und äußerer Sicherheit von entscheidender Bedeutung sei.

/ Er befand auch, dass die Attraktivierung des Grundwehrdienstes – was gleichermaßen für die wehrpolitischen Vereine ein wichtiges Anliegen ist – gut und wichtig sei, da die Grundwehrglieder Botschafter für das Ansehen des Bundesheeres nach außen seien. „Aber erst durch die anschließende Milizverwendung wird jenes System lebendig, das auch in der Verfassung verankert ist“, bemerkte Cibulka. Die Plattform steht daher im Rahmen der Umfassenden Landesverteidigung für das Milizprinzip im Sinne des „Staatsbürgers in Uniform“ ein. Deshalb hielt Cibulka fest: „Wehrpflicht bedeutet Grundwehrdienst und anschließende Milizverwendung!“

/ Und das habe in einer Welt von dezentralen Herausforderungen, die dezentrale Antworten erfordern, auch Vorteile. Cibulka führte dahingehend aus, dass es in Krisenzeiten, die Auswirkungen auf die öffentliche Sicherheit und Ordnung haben, Menschen brauche, die „in der Lage sind, ohne Auftrag und mit Eigeninitiative tätig zu sein“; Menschen, die innerlich handlungsfähig bleiben. Solche Menschen bieten der Gesellschaft „Inseln der Stabilität“. Militärisch ausgebildete Personen besitzen diese Fähigkeiten, die, wie Cibulka hervorhob, auch den Unternehmen



Präsident der Österreichischen Offiziersgesellschaft und Vorsitzender der Plattform Wehrhaftes Österreich, Brigadier Mag. Erich Cibulka

Landesverteidigung zwischen Militär und Unternehmen.

/ Ebenso ist er überzeugt, dass das Heer als Nachfrager der Wirtschaft einiges zu bieten hat, wie beispielsweise die aktuelle Anschaffung von Ausrüstung und Fahrzeugen im Wert von 200 Millionen Euro verdeutlicht. Auch das ist Wertschöpfung und sichert Arbeitsplätze. Eine „Win-win-Situation“, wie Cibulka bemerkte.

/ Damit aber das Österreichische Bundesheer seiner auch der Wirtschaft entgegenkommenden Aufgabe gerecht werden kann, empfahl Cibulka im Namen der Plattform Wehrhaftes Österreich die Erhöhung des Wehrbudgets auf 1 % des BIP und die Rückkehr zum 6+2-Modell des Grundwehrdienstes (6 Monate als Grundwehrdienst mit anschließenden 2 Monaten als Milizübungspflicht). Damit wären die Handlungsfähigkeit unserer Streitkräfte und die Sicherheit der Bevölkerung und der Wirtschaftstreibenden wirklich garantiert. ✕

durch ihre Milizsoldaten zur Verfügung stehen. Arbeitgeber sollten daher erkennen, dass sie mit einem Milizsoldaten ein wertvolles Vermögensgut besitzen.

/ Im Dialog der wehrpolitischen Vereine mit Vertretern der Wirtschaft, der Politik und des Verteidigungsministeriums gehe es deshalb darum, der Wirtschaft den Mehrwert der Verteidigungsinstitutionen und der Sicherheit als solche nahezubringen, aber auch jenen Beitrag anzusprechen, den die Wirtschaft (im Sinne der Verfassung) für die Landesverteidigung zu leisten hat. Dabei berief er sich auf das Partnerschaftsprinzip der Umfassenden



V. l. n. r.: Die Abgeordneten zum Nationalrat Pendl, ObstdIntDDDr. Fuchs, Obst Dr. Bösch und Hammer sowie LAbgTriller

# Die Lage im Südchinesischen Meer

PROFESSOR BRIGADIER DR. HABIL. HARALD PÖCHER

Der geografische Raum rund um das Südchinesische Meer ist rund 9.000 km Luftlinie von Wien entfernt. Es liegt daher in der Natur der Sache, dass wir Mitteleuropäer diesen Raum weniger bedrohlich wahrnehmen als jene Krisengebiete, welche knapp vor unserer Haustüre oder zumindest im Vorgarten unseres Hauses liegen, wie der Balkan, die Ukraine, aber auch die an das Mittelmeer angrenzenden Länder. Umso mehr ist es auch von Interesse, sich entfernteren Gegenden in der Welt zuzuwenden und Konfliktregionen in Asien zu studieren und mögliche Folgen für Europa zu analysieren.

Das Südchinesische Meer liegt am westlichen Rand des Pazifischen Ozeans und bedeckt eine Wasserfläche von rund 3,7 Millionen km<sup>2</sup>, was etwa der Landfläche von Europa ohne das europäische Russland, die Ukraine, Weißrussland, das Baltikum, Skandinavien und Großbritannien entspricht. Die Anfänge, als das Südchinesische Meer zu einer Konfliktzone wurde, gehen auf die Zeit der Entkolonialisierung Südostasiens nach dem Zweiten Weltkrieg zurück, als die großen unabhängig gewordenen Staaten am Rande des Südchinesischen Meeres Vietnam, Malaysia, Indonesien und die Philip-

pinen neben der Volksrepublik China, Taiwan sowie Thailand, Singapur und Brunei (Thailand, Singapur und Brunei beteiligen sich an der Machtdemonstration im Südchinesischen Meer nur in einem geringen Ausmaß und werden im Aufsatz nicht weiter betrachtet) ihre Ansprüche auf Inseln und Inselgruppen erhoben, welche im Südchinesischen Meer liegen. Besonders hervorzuheben sind dabei die Dongsha-Inseln/Pratas-Inseln (von Taiwan besetzt, aber von der VR China beansprucht), die Paracel-Inseln (von der Volksrepublik (VR) China besetzt, aber von Vietnam beansprucht), das Scarborough-Riff in der Nähe der Philippinen (von der VR China besetzt, aber von den Philippinen beansprucht) und die über eine Ost-West-Längenausdehnung von mehr als 1.000 km verstreuten rund 100 Inseln, welche im internationalen Sprachgebrauch als Spratly-Inseln bezeichnet werden und bei denen große Erdölvorkommen vermutet werden. Die Spratly-Inseln (Chinesisch: pinyin: Nánshā Qúndǎo, Malay und Bahasa Indonesisch: Kepulauan Spratly, Tagalog: Kapuluan ng Kalayaan, Vietnamesisch: Quần đảo Trầäng Sa) werden von Taiwan, Vietnam und der VR China zur Gänze beansprucht, Brunei, Malaysia und die Philippinen haben Interesse an Teilen der Inselgruppe



© NATHANIEL T. MILLER, HTTPS://COMMONSWIKIMEDIA.ORG/WINDEX/PH/PCURID=101070

Der chinesische Lenkwaffenzerstörer „Shenzhen“ beim Besuch des US-Marinestützpunktes Apra auf Guam

angemeldet. Alle diese Staaten, ausgenommen Brunei, haben bereits Militärgarnisonen auf den Inseln errichtet, insgesamt gibt es bereits fast 40 militärische Einrichtungen auf den Inseln. Die bislang schärfste Konfrontation zwischen Nachbarn des Südchinesischen Meeres fand 1988 als Seegefecht beim Chigua Jiao Reef oder auch Johnson South Reef etwa 150 km ostwärts des Fiery Cross Reef statt, welches ein Gefecht zwischen der Marine der Volksrepublik China und der Volksmarine Vietnams war. Das Gefecht endete mit dem Rückzug der Vietnamesen, seitdem hält die VR China das Riff in Besitz.

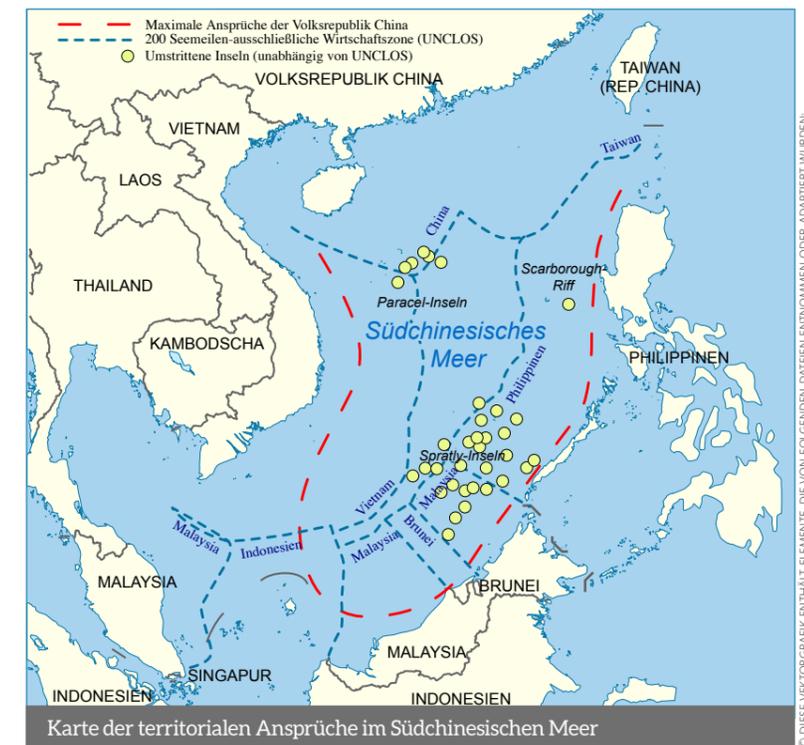
Verschärft wird heute der Konflikt um die Hoheitsansprüche im Südchinesischen Meer durch den gezielten Ausbau der zu den Spratly's gehörenden Insel Yongshu Jiao (auch als Fiery Cross Reef bekannt) zu einem starken Militärstützpunkt durch die VR China. Im Laufe der letzten Jahre entstand durch eine Sandaufschüttung ein Flugfeld mit Start- und Landebahn. In Verbindung mit anderen Baumaßnahmen auf von der VR China beanspruchten Inseln Chigua Jiao, Huayang Jiao und Nanxun Jiao kann die VR China nunmehr den südlichen Teil des Südchinesischen Meeres gut unter Kontrolle halten. Das Südchinesische Meer hat neben seiner strategischen Bedeutung als Route für den internationalen Schiffsverkehr auch eine wirtschaftliche, denn es wird vermutet, dass unter dem Meeresboden rund 213 Milliarden Barrel Öl und 900 Billionen Kubikmeter Erdgas lagern. Die VR China hat damit durch die normative Kraft des Faktischen ihre Hoheitsansprüche im Südchinesischen Meer angemeldet und verweist dazu auf die UN-Seerechtskonvention von 1982, welche eine Wirtschaftszone von 200 Seemeilen erlaubt, in der ein Land die Rohstoffe im Meer für sich allein beanspruchen darf. Die VR China trat der Seerechtskonvention 1996 bei, anerkennt aber trotzdem nicht die Schiedssprüche des Ständigen Schiedshofs in Den Haag, der auch für Seestreitigkeiten zuständig ist. Bei-

spielsweise wies dieser Gerichtshof 2016 Chinas Gebietsansprüche als „historisch unbegründet“ zurück. Die VR China geht heute bewusst den Weg, die Seerechtskonvention zu einem zahnlosen Papier werden zu lassen und durch die normative Kraft des Faktischen für sich günstige Ausgangspositionen zu schaffen, solange sie nicht von ebenbürtigen Gegnern in die Schranken gewiesen wird. Dieses Verhalten der VR China deutet stark darauf hin, dass es seinen Weg unbeirrt fortsetzen wird, um noch größere Teile der Spratly's unter seine Herrschaft zu bekommen; ein Verhalten, welches die VR China bei der Ausbeutung von Rohstoffen in Afrika mit anderen Mitteln und vor allen ohne größere Gegenwehr durch die strategischen Gegner der VR China im geökonomischen Weltlauf um die letzten Ressourcen der Erde an den Tag legt. ➤

	Flotte: Gelbes Meer	Flotte: Ostchinesisches Meer	Flotte: Südchinesisches Meer	Summe (VR China)	Taiwan	Philippinen	Vietnam	Malaysia	Thailand	Singapur	Indonesien	USA
Personalstärke				235.000	30.000 15.000 (Marines)	22.000 8.700 (Marines)	16.000 27.000 (Marines)	18.000	74.000 11.000 (Marines)	22.000 8.700 (Marines)	65.000 20.000 (Marines)	
Flugzeugträger	1	-	-	1	-	-	-	-	1	-	-	
Zerstörer	4	8	11	23	4	-	-	-	-	-	-	
Fregatten	11	17	21	49	22	4	7	2	8	6	6	
Korvetten	5	13	9	27	1	12	12	12	7	6	25	
Schnellboote/ Patrouillenboote	27	15	29		30	8	17	14	12	11	21	
Strategische U-Boote mit ballistischen Raketen	-	-	4	4	-	-	-	-	-	-	-	
Angriffs U-Boote	3	-	3	6	4	-	5	2	-	4	2	Keine ständige Flottenpräsenz
U-Boote für den Patrouillendienst	14	23	16	53	-	-	2	-	-	-	-	
Schiffe für die Minenkriegsführung	7	23	17	47	10	-	13	4	18	4	11	
Große Schiffe für amphibische Kriegsführung	7	22	15	44	10	6	19	-	3	4	26	
Kampfflugzeuge	-	-	-	307	-	-	-	-	13	-	-	
Marineflutwaffe (Starrflügler/ Hubschrauber)	-	-	-	20/38	-/27	9/9	6/8	-/12	45/30	-	28/15	

Stärken der Flotten im Südchinesischen Meer

© JAMES GROUP



© DIESE Vektorgrafik ENTHÄLT ELEMENTE DIE VON EIGENEN DATEN LEITUNGEN ODER ADAPTIERT WURDEN: SOUTH CHINA SEA VECTOR SVG (VON GORAN TEKENI UND SOUTH CHINA SEA LOCATION MAPS V.G (VON INDRINGORD WEST), BBC MAP, CC BY-SA 3.0, HTTPS://COMMONSWIKIMEDIA.ORG/WINDEX/PH/PCURID=50119880



Der chinesische Flugzeugträger „Liaoning“ im Hafen von Dalian

Für die weitere strategische Ausrichtung der VR China in den Pazifik und den Indischen Ozean ist das Südchinesische Meer von größter Bedeutung, da die Möglichkeiten, mit der Kriegsflotte aus dem Gelben Meer und aus dem Ostchinesischen Meer breit in den Pazifik aufmarschieren zu können, durch die Barrieren Japan-Okinawa-Taiwan nur sehr eingeschränkt sind. Die VR China hat nach einer mehr als zwei Dekaden andauernden quantitativen und auch zunehmend qualitativen Aufrüstung ihrer Seestreitkräfte nunmehr einen Zustand ihrer Seestreitkräfte erreicht, an dem es ihr möglich ist, durch Schwergewichtsbildung seiner Seestreitkräfte im Südchinesischen Meer die alleinig dominierende Macht zu sein (die Zusammensetzungen der Seestreitkräfte der Anrainerstaaten am Südchinesischen Meer ist der Tabelle 1 zu entnehmen). Die Bedrohung durch die Seestreitkräfte der VR China wird aber auch zwangsweise eine Rüstungsspirale in diesem Raum in Gang setzen und jedes Land in diesem Raum wird dem Ausbau seiner Flotte eine besondere Bedeutung beimessen. Wir kennen zwar nicht die einzelnen Beschaffungsprogramme in den Ländern, aber die Aussagen führender Militärs deuten darauf hin, dass beispielsweise Malaysia, Singapur und Vietnam innerhalb der nächsten Dekade größere Überwasserschiffe beschaffen wollen und dabei an der Zusammenarbeit mit europäischen Anbietern von Marinetechnologie interessiert sind, aber auch Südkorea und Japan (sofern Japan sein selbstauferlegtes Exportverbot für Rüstungsgüter aufheben sollte) könnten dadurch profitieren.

Durch das neue geopolitische Selbstverständnis der VR China liegt es nahezu auf der Hand, dass die anderen Anrainerstaaten am Südchinesischen Meer durch die berechnete Sorge um die Expansionspläne der VR China zusam-

menrücken und auch Verbündete gegenüber dem offensiven Auftreten der VR China suchen. Diese Verbündeten finden sie in den USA, Japan und Südkorea, welche die VR China ebenfalls als großen Störfaktor im Westpazifisch-Ostasiatischen Raum wahrnehmen. Die von der VR China herausgeforderten Staaten beraten im Rahmen der bereits eingerichteten multinationalen Institutionen wie der Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) und erhoffen sich auch ein stärkeres Engagement der USA in dieser Weltgegend. Der Konflikt im Südchinesischen Meer ist durch die Teilnahme der VR China an diesem Konflikt auch ein Südost-Ostasiatischer Konflikt, welcher damit auch Südkorea und Japan stark tangiert. Damit bietet der Konflikt im Südchinesischen Meer auch Japan und Südkorea große Chancen, sich Verbündete in der härter werdenden Konfrontation mit der VR China zu suchen und die Staaten in Südostasien gezielt wirtschaftlich zu unterstützen, sodass sie in die Lage versetzt werden, mehr Geld für eine qualitative und quantitative Aufrüstung zu Verfügung zu haben. Auf Europa kann ein sich verschärfender Konflikt im Südchinesischen Raum durchaus eine spürbare Auswirkung haben: Wird nämlich die VR China in diesem Konflikt stark gefordert, stehen ihr nicht genügend Ressourcen für den Kampf um die Vorherrschaft im geopolitisch-geoökonomischen Kampf zur Verfügung. Für Europa könnte dies eine willkommene Verschnaufpause bedeuten, da die VR China vor allem in Afrika ein ernstzunehmender Konkurrent von Europa geworden ist. ❌

### „GEFÄHRLICHES“ MANÖVER ÜBER SÜDCHINESISCHEM MEER

Ein chinesisches Kampfflugzeug hat nach US-Angaben über dem Südchinesischen Meer einen Aufklärungsjet der US-Luftwaffe bedrängt. Das chinesische Flugzeug habe sich gestern der US-Maschine auf 300 Meter genähert, was als „gefährliches“ Manöver einzustufen sei, erklärte das US-Pazifikkommando heute. Washington sei wegen des Vorfalls über diplomatische und militärische Kanäle mit Peking in Kontakt getreten. Den US-Angaben zufolge war das Flugzeug „auf einer Routinemission gemäß internationalen Regeln“ unterwegs gewesen. Der Vorfall habe sich nahe dem Scarborough-Riff ereignet, das sowohl China als auch die Philippinen für sich beanspruchen. (ORF 10. 2. 2017)



### ZUR PERSON

**Professor Brigadier Dr. habil. Harald Pöcher** ist Mitglied der OGB und Leiter der Revisionsabteilung B im BMLVS.



900 Eisenbahnwaggons sind nötig, um eine Brigade zu verlegen.

## Atlantic Resolve

Zur Stärkung der NATO-Ostflanke werden US-Kampftruppen nach Osteuropa verlegt. Die US-Operation „Atlantic Resolve“ (Atlantische Entschlossenheit) hat inzwischen Polen erreicht.

Eine komplette US-Kampfbrigade, das 3rd Armored Brigade Combat Team (ABCT) der 4. US-Infanteriedivision, wurde aus Fort Carson über Beaumont (Texas), auf dem Seeweg nach Bremerhaven und in der Folge im Eisenbahn- und Straßenmarsch nach Polen verlegt.

Insgesamt handelt es sich dabei um 3.500 Soldaten und 446 Kettenfahrzeuge, die ab Februar 2017 von Polen ins Baltikum, nach Bul-

garien, Rumänien sowie zum US-Stützpunkt Grafenwöhr in der Oberpfalz verteilt werden.

Die Operation Atlantic Resolve ist eine seit 2014 laufende Operation der Vereinigten Staaten zur Unterstützung und Bestärkung der NATO-Alliierten in Europa. Mit ihr soll auf den Konflikt in der Ukraine und die Intervention durch Russland reagiert werden. Sie stellt keine NATO-Operation dar, sondern wird von den USA bilateral im Rahmen der European Reassurance Initiative durchgeführt. Die European Reassurance Initiative ist ein unter US-Präsident Obama angestoßenes militärisches Programm, um die US-amerikanische militärische Präsenz in Europa zu verstärken. Erklärtes Ziel der Operation ist es, Frieden und Stabilität in den östlichen NATO-Staaten zu sichern, die an Russland grenzen und sich seit Ausbruch der Ukraine-Krise um ihre Sicherheit sorgen. Vor allem die baltischen Staaten befürchten seit der Übernahme der Halbinsel Krim 2014 durch Russland, dass sie ein ähnliches Schicksal ereilen könnte, und auch Polen fühlt sich bedroht.

Parallel zur Operation Atlantic Resolve baut die NATO vier Bataillone mit insgesamt 4.000 Soldaten auf, darunter mehrere Hundert US-Amerikaner, die in Polen und dem Baltikum stationiert werden. Die NATO-Präsenz wird außerdem durch ein deutsches Bataillon mit bis zu 500 Soldaten in Litauen nördlich des sogenannten Suwalki Gap gestärkt. Der Suwalki Gap bezeichnet die polnischen Gebiete um Suwalki, Augustów und Sejny, die das Gebiet



Truppenverlegung nach Osteuropa



© BUNDESWEHR/BIER

Entladung in Bremerhaven und Verladung auf der Eisenbahn

# Internet der Dinge – Neue Herausforderungen für den Sicherheitssektor

MAJOR HERBERT SAURUGG, MSC

**D**igitalisierung, Internet der Dinge, Industrie 4.0, Smart Cities, Smart Grids, Smart Homes, Deep Learning, Predictive Maintenance, Big Data ... an neuen Schlagwörtern und damit verbundenen Versprechungen mangelt es nicht. Alles soll noch besser und umfassender vernetzt werden. Die genannten Zahlen, wie viele Dinge in den nächsten Jahren unter dem Schlagwort „Internet der Dinge“ online gehen sollen, überschlagen sich laufend. Gleichzeitig eskalieren auch die damit verbundenen Sicherheitsprobleme mit erwartbaren weitreichenden Auswirkungen. Grund genug, um einmal hinter die Kulissen zu blicken und mögliche Ableitungen für den Sicherheitssektor zu treffen.

Für viele Menschen und auch Entscheidungsträger haben die letzten beiden Jahrzehnte bereits genug Herausforderungen geschaffen, die vor allem auf die Verbreitung von Computern und die Vernetzung über das Internet zurückzuführen sind. Erst vor vier Jahren hat die deutsche Bundeskanzlerin gemeint, dass das Internet noch ziemlich Neuland für uns sei und somit auch

so manche negative Überraschung berege. Bedenkt man, dass das für uns heute weitgehend selbstverständliche Smartphone gerade erst zehn Jahre alt geworden ist und welche Veränderungen damit verbunden waren, dann kann man sich nur schwer vorstellen, wie diese Entwicklung in den nächsten Jahren weitergehen könnte. Eines scheint jedoch fix: Die Geschwindigkeit bei den Veränderungen dürfte nicht abnehmen, ganz im Gegenteil.

## Komplexitätslücken

Aus systemischer Sicht drängt sich hier leider der Vergleich mit einem medizinischen Krebs auf, dessen Wachstumserfolg zur Selbsterstörung führt. Auch ein anderer Vergleich passt hierher: Aus der jüngsten Mayaforschung ist bekannt, dass wahrscheinlich die hochentwickelte (Wasserversorgungs-) Infrastruktur der Mayas ein Mitgrund für den Untergang dieser Hochkultur war, da es zu einer mehrjährigen Dürreperiode kam und es für diesen Fall keine Rückfallebenen gab und damit das hohe Niveau der (Infrastruktur-) Versorgung nicht aufrechterhalten

werden konnte. Auch die Warnung vor steigenden Komplexitätslücken des in Wien lebenden Komplexitätsforschers John Casti, der unter anderem bei der Entwicklung des Internets in den 1970er Jahren mitgewirkt hat, verhallen weitgehend ungehört.

Komplexitätslücken entstehen, wenn Systeme unterschiedlicher Komplexität miteinander interagieren: etwa zwischen der steigenden technischen Vernetzung und Abhängigkeit sowie uns Menschen, mit den daraus resultierenden Folgen umgehen zu können. Jede Komplexitätslücke tendiert zum Ausgleich: entweder durch eine Komplexitätsreduktion oder -erhöhung, oder wenn das nicht ausreicht oder rasch genug erfolgt, durch Kollaps, Chaos und Neuorganisation („Schöpferische Zerstörung“). John Casti bezeichnet derartige strategische Schockereignisse als Extreme-Events (X-Events), von Menschen selbst geschaffene Ereignisse, die unser Zusammenleben nachhaltig verändern können, wie etwa durch ein Blackout oder einen weitreichenden Internetausfall (siehe hierzu auch die Beiträge in „Der Offizier“ 3 und 4/2015).

der baltischen Staaten mit dem polnischen NATO-Partner verbinden und das Territorium der russischen Exklave Kaliningrad von Weißrussland trennen.

Seit April 2014 haben die US-Streitkräfte verstärkt multinationale Trainings- und Sicherheitskooperationen mit Verbündeten und Partnern in Osteuropa durchführt.

Diese multinationale Trainings- und Sicherheitszusammenarbeit findet in Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Bulgarien und Ungarn statt. Diese Ausbildungsveranstaltungen verbessern die Interoperabilität, stärken die Beziehungen und das Vertrauen zwischen den alliierten Armeen, tragen zur regionalen Stabilität bei und sollen das US-Engagement gegenüber der NATO zeigen.

Über das Verhalten der Trump-Administration im Bereich der Atlantic Resolve kann der-

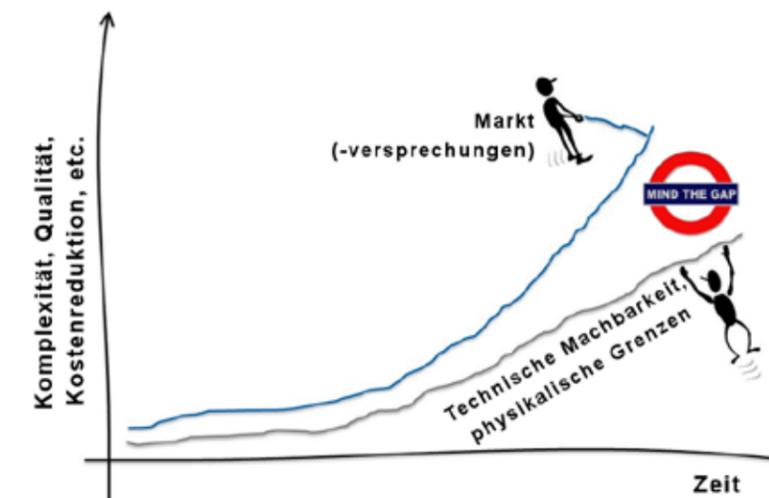
zeit nur spekuliert werden. Zwar meinte der US-Verteidigungsminister James Mattis beim Treffen mit seinen Amtskollegen in Brüssel: „Die USA stehen felsenfest zu Artikel 5 und zu unserem gegenseitigen Beistand.“ Doch noch am Vortag war sein Drängen auf höhere Verteidigungsausgaben der europäischen Bündnispartner vielfach als Drohung, gar als Ultimatum verstanden worden.

Die NATO verfolgt eine Doppelstrategie gegenüber Russland. Einerseits zeigt sie ihre militärische Stärke durch Truppenstationierungen und Manöver in den östlichen Bündnisstaaten und andererseits setzt sie auf Gespräche mit Moskau. Russland stationierte drei vollständig ausgestattete Brigaden, Flugabwehrsysteme S-400 „Triumph“ und ballistische Raketen „Iskander-M“ in Kaliningrad. (Red.)



© BWAKTUELL

US-Army-Verlegung quer durch Deutschland



## ... in the end, it was this very complexity which helped bring the system down

Dieser etwas heftigere Einstieg ist notwendig, um besser verstehen zu können, warum eine kritische Auseinandersetzung mit den eingangs angeführten Schlagwörtern und Hype-Themen notwendig ist. Denn mit all diesen Themen ist eine weitere Zunahme der Vernetzung und damit auch Komplexität verbunden, die wir kaum bzw. nur in Nischenbereichen wirklich verstehen. Während es jedoch in den vergangenen Jahrzehnten vorwiegend um

eine datentechnische und virtuelle Vernetzung gegangen ist, natürlich durchaus mit Auswirkungen im Alltag, führen die nächsten Schritte zu einer massiven Vernetzung von Infrastrukturen. Das bedeutet daher, dass sich mögliche negative Auswirkungen auch weit über den bisher bekannten Datendiebstahl oder aktuell der erpresserischen Datenverschlüsselung („Ransomware“) auswirken werden. Bereits 2014 kam die Studie „Beyond Data Breaches: Global Interconnections of Cyber Risk“ zum Schluss: „The way in which the complexity of interconnected risks is assessed is painfully similar to how financial risks were assessed prior to the 2008 crash ... in the end, it was this very complexity which helped bring the system down.“ Nun könnte man auch meinen, dass es schon immer Mahner gegeben hat, man denke hier nur an die Aussagen von Sokrates über die Jugend. Aber was hat das mit dem Internet der Dinge zu tun?

### Das Internet der Dinge

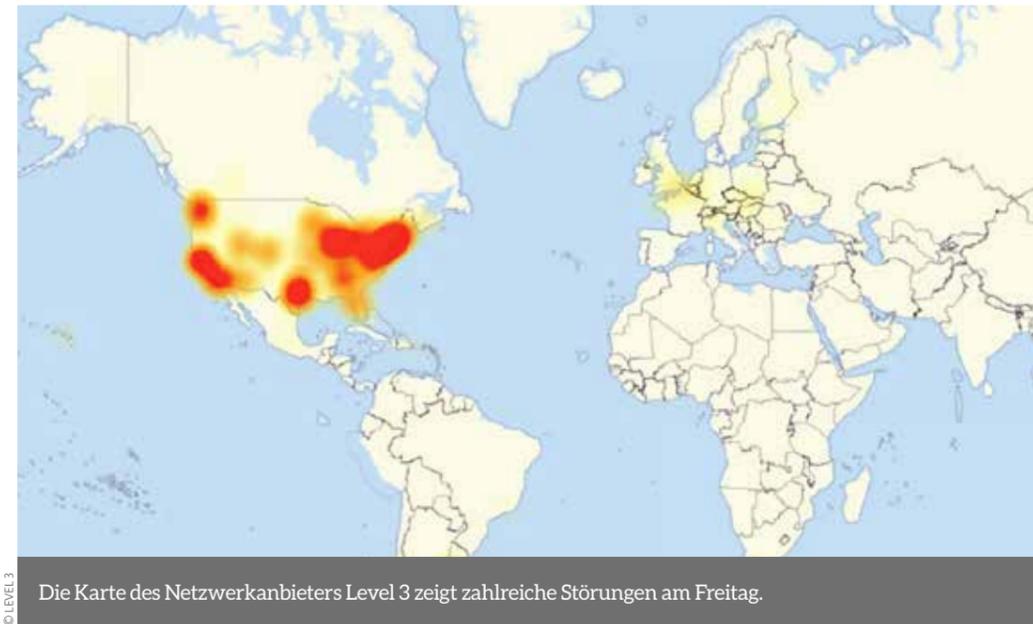
Bisher kommunizierten vor allem Menschen mit anderen Menschen über Computer, auch wenn es etwa in der Automatisierung oder im Infrastrukturbetrieb bereits eine Kommunikation Machine to Machine (M2M) gab. Computer waren noch irgendwie greifbar bzw. entsprachen unseren Vorstellungen von Computern. Durch die zunehmende Miniaturisierung von

Computern verschwinden diese aber immer mehr aus unserem Blickfeld und verschmelzen mit den Gegenständen, daher spricht man auch gerne von Cyber-Physical-Systems oder vom Internet der Dinge (engl. Internet of Things, IoT). Hinzu kommt eine direkte Vernetzung mit dem Internet und damit auch, wenn keine gegenteiligen Vorkehrungen getroffen werden, eine weltweite Ansprech- und Manipulierbarkeit. Im positiven Fall kann damit die Heizung aus dem Büro eingestellt werden, im negativen Fall kann das auch jemand anderer tun.

/ Genau genommen sind dabei drei Ebenen im Spiel: Sensoren, wie etwa für die Temperaturmessung, dann die Steuerungsebene, welche im einfachen Fall eine Smartphone-App oder auch eine Big-Data- oder Cloud-Anwendung sein kann, und dann die Aktorik, also das Gegenstück, das auf die Steuerung in Folge der Sensorwerte reagiert, wie beispielsweise eine Heizung damit auf- oder abgedreht werden kann.

### Predictive Maintenance

Warum Toaster und Kühlschränke mit dem Internet verbunden werden müssen oder sollen, erschließt sich wohl nur wenigen Menschen. Wo das Internet der Dinge aber auf jeden Fall Sinn macht, ist etwa im Bereich der Predictive Maintenance, also der vorausschauenden Wartung. Hier werden



© LEVEL 3 Die Karte des Netzerkanbieters Level 3 zeigt zahlreiche Störungen am Freitag.

umfassende Daten gesammelt und Big-Data-Analysen durchgeführt, sodass man zukünftig die Wartung anhand konkreter Signale dann durchführen kann, wenn sie wirklich notwendig ist. Das bringt in gewissen Segmenten enorme Vorteile wie Kosten- und Ressourceneinsparungen. Auch im Infrastruktursektor, etwa bei der Erkennung von Lecks in Wasserleitungen, kann durch eine genauere Beobachtung und Auswertung viel Geld gespart werden. So gibt es mit Sicherheit eine ganze Reihe von sinnvollen und nützlichen Anwendungen, die trotz der in diesem Artikel sehr kritischen Betrachtung hervorzuheben und auch weiterzuerfolgen sind. Wie überall gibt es auch hier zwei Seiten, die es zu betrachten

gilt. Daher richtet sich die Kritik auch nicht generell an diese Entwicklungen, sondern vielmehr an die unreflektierten Umsetzungen, die häufig nur vom Markt und Gewinnstreben getrieben werden.

### Massiver Preisverfall und Miniaturisierung

Durch den massiven Preisverfall und die Miniaturisierung sind heute Anwendungen möglich, die noch vor wenigen Jahren nicht sinnvoll oder leistbar waren. Daher kommt es auch zu dieser rasanten bzw. exponentiellen Verbreitung von Geräten, wie digitalen Videorekordern, Web-Kameras, Heizungssteuerungen, Glühlampen, Fitness-Helfern bis hin zu Haushaltsgeräten wie Toas-

tern, die mit dem Internet verbunden sind und weltweit angesprochen werden können. Hinzu kommt, dass hier zwar nicht besonders leistungsfähige Computer verbaut werden, sie aber kaum Sicherheitsmerkmale aufweisen, da sie ja einfach zu bedienen sein und andererseits nichts kosten sollen. Das führt dazu, dass wir nun zunehmend aus dem Internet ansprechbare Computer haben, die jedoch nicht wie in der Office-IT-Welt üblich upgedatet oder abgesichert werden können, weil weder die Hersteller (Kosten bzw. fehlendes Know-how) noch die Konsumenten (Einfachheit) ein Interesse daran haben. Jeder IoT-Computer ist für sich betrachtet auch nicht wirklich besonders sicherheitskritisch, sieht man von den möglichen Datenschutzverletzungen ab. Wenn es jedoch jemand darauf anlegt, wie im vergangenen Herbst bereits umfassend geschehen (siehe „Der Offizier“ 4/2016), und die Fähigkeit dieser Einzelcomputer bündelt, kann er eine sehr wirkungsvolle Waffe generieren und andere kritische Systeme zum Ausfall bringen. So kam es etwa an der Ostküste der USA zu teilweisen mehrstündigen IT-Ausfällen, durch eine Angriffsquantität, die man bisher noch nicht gesehen hatte.

/ Die Besitzer der Angriffswerkzeuge bzw. die Mitverursacher haben von dem wahrscheinlich nichts mitbekommen, außer vielleicht in Medienberichten

über die Auswirkungen. Einmal mehr ein Beispiel für „kleine Ursache, große Wirkung“ oder „Nicht-Linearität“, zwei wesentliche Kennzeichen von komplexen Systemen.

### Ihr Smart-Home wird zum Opfer

Die Manipulation kann aber auch im Kleineren passieren, wie zuletzt, wo bekannt wurde, dass neue Smart-TVs, also Fernsehen, die direkt mit dem Internet verbunden sind, von sogenannter „Ransomware“ oder Verschlüsselungsschadsoftware mit einer Lösegeldforderung lahmgelegt wurden.



/ In diesem Fall konnte der Hersteller eine Entsperrung vornehmen. Aber wie lange wird es dauern, bis findige Cyber-Kriminelle etwa Smart-Home-Anwendungen angreifen werden? Stellen Sie sich vor, Sie sind gerade auf Urlaub und die Smart-Home-Anwendung auf



# ENERGIEPROFIS

Energie vernünftiger nutzen: mit der EVN Energieberatung.

Mehr auf [evn.at/energieberatung](http://evn.at/energieberatung)



#### ZUR PERSON

**Herbert Saurugg, MSc**, war 15 Jahre Berufsoffizier des Österreichischen Bundesheeres, zuletzt im Bereich IKT-/Cyber-Sicherheit. Seit 2012 beschäftigt er sich mit den möglichen Auswirkungen der steigenden Vernetzung und Komplexität, welche zu bisher kaum bekannten systemischen Risiken führen. kontakt@saurugg.net  
www.saurugg.net

Ihrem Smartphone teilt Ihnen mit, dass sie gekapert wurde und Sie jetzt nicht mehr sicher sein können, was die Sensorik und Aktorik zu Hause wirklich macht. Sie haben aber die Möglichkeit, durch eine „kleine Spende“ mit der virtuellen Währung Bitcoin den Spuk aufzuheben. Würden Sie zahlen? Wahrscheinlich würde der Angreifer sogar sein Versprechen einlösen. Würden Sie danach noch Ihrem Smart-Home vertrauen?

#### Ihr Infrastrukturbetreiber wird zum Opfer

Und jetzt stellen Sie sich das ganze Szenario so vor. Nicht Ihr Smart-Home

wurde Opfer eines solchen Angriffs, sondern Ihr Infrastrukturbetreiber im Smart-Grid- oder Smart-City-Umfeld oder sogar das Krankenhaus, in dem Sie gerade versorgt werden. Das wäre zwar ein deutlich höherer Aufwand für den Angreifer, aber auch lohnender, und es ist nur eine Entwicklung, die konsequent weitergedacht werden muss. Die seit 2016 explosionsartige Zunahme von erpresserischen Verschlüsselungsangriffen auf Einzel-PCs verlagert sich gerade auf gezielte Angriffe von größeren Unternehmen und Netzwerken. So hat es etwa schon zahlreiche Krankenhäuser erwischt. Offenbar wurde mit den Massenangriffen das nötige Kleingeld für Weiterentwicklungen und den Zukauf von Experten erwirtschaftet.

#### Paradigmenwechsel

Wie der bekannte IT-Sicherheitsexperte Bruce Schneier es kürzlich ausdrückte, findet gerade ein fundamentaler Paradigmenwechsel statt: „We no longer have things with computers embedded in them. We have computers with things attached to them.“ Wir bauen gerade eine „Weltmaschine“, ohne dass wir uns dessen wirklich bewusst sind bzw. die richtigen Denkansätze dafür haben. Wir versuchen, den damit verbundenen Problemen weiterhin mit den bisherigen, nur bedingt erfolgreichen Lösungen in der Office-IT habhaft zu werden, was nicht funktionieren wird. Daher sollten wir uns einmal mehr Albert Einstein zu Herzen nehmen, dass man Probleme

nicht mit derselben Logik lösen kann, mit der diese verursacht wurden. So wie ein Eurofighter heute ein fliegendes Netzwerk ist und völlig andere Rahmenbedingungen erfordert, als etwa der Draken, so benötigen wir auch im Infrastruktur- bzw. Sicherheitssektor komplementäre Ansätze und Lösungen.

#### Fehlende Fachkräfte

Und hier scheitern wir derzeit vor allem an genügend Fachkräften. Denn wenn es schon schwierig ist, mangels entsprechender Fachexperten ein qualifiziertes Team für das Energie Computer Emergency Response Team (E-CERT), die sowohl die Office-IT als auch die Infrastruktur-IT verstehen, auf die Beine zu stellen, dann sind die Herausforderungen für eine nationale Cyber-Security oder Defence wohl um Dimensionen größer. Ganz abgesehen davon, dass das auch gleichzeitig bedeutet, dass es an den entsprechenden Fachkräften für den sicheren Betrieb mangelt, die eigentlich Zwischen- und Ausfälle verhindern sollten.

#### Cyber-Defence

Wer daher glaubt, dass diese Herausforderungen mit einer vermeintlichen Cyber-Defence bewältigt werden können, hat leider noch nicht verstanden, wie die neue Welt tickt. Man erinnere sich nur an das auch bei uns vor 15 Jahren intensiv diskutierte Thema „Network Centric Warfare“ (NCW). Hat uns hier die Realität nicht auch von einer ganz anderen Seite eingeholt? Konnten wir unsere Überlegenheit irgendwo ausspielen? Zum Glück waren wir in keine kriegerischen Auseinandersetzungen involviert. Aber etwa die amerikanische Armee, der wesentliche Treiber hinter NCW, auch sie wurde durch missbrauchte Mobiltelefone in Form von Improvised Explosive Device (IED) überrascht. Wir wiederum wurden dafür von einer Migrationswelle überrollt, die in dieser Form ohne das Fluchtunterstützungstool „Smartphone“ wohl nicht möglich gewesen wäre. Man denke nur daran, welche Fähigkeiten ein Smartphone heute mitbringt, von dem auch heute noch Soldaten oft nur träumen können. Aktuellstes Kartenmaterial, GPS, weltweite Kommunikationsfähigkeit, diverse Sensorik,

Kameras, Echtzeit-Lagebild, und das alles zu geringen Kosten im Hosentaschenformat. Daher reicht es bei weitem nicht aus, wenn wir uns weiterhin in „Silos“ organisieren, um mit einer vernetzten Realität und Angreifern zurechtzukommen.

#### Der Angreifer muss nur einmal erfolgreich sein ...

Und zu all dem kommt noch hinzu, dass ein Angreifer nur einmal, der Verteidiger aber jedes Mal erfolgreich sein muss. Und der Angreifer kann sich noch dazu alle Rahmenbedingungen selbst aussuchen, Zeit, Ort, Ziel... denn er muss sich nicht an alte Denkmuster und starre Regeln halten bzw. die gehärteten Systeme angreifen, da auch wir völlig von den weniger geschützten zivilen Infrastrukturen abhängig sind (siehe Beitrag in „Der Offizier“ 4/2016). Unsere rechtlichen und ethnischen Grenzen lassen sich nur bedingt ändern, da wir zum Glück in einem Rechtsstaat leben, aber die Denkmuster lassen sich ändern und es ist die einzige Chance, um mit den neuen Herausforderungen zurechtzukommen.

#### Asymmetrische Herausforderungen verlangen Maßnahmen auf Augenhöhe

Hier sollten wir von der dunklen Seite der Macht lernen, die in den letzten Jahren sehr augenscheinlich gezeigt hat, wie man durch Vernetzung und Kooperation sowie durch Flexibilität und Agilität sehr erfolgreich werden kann. Hier würde auch gleich das Thema „Fake News“ und „Cyber-Manipulationen“ dazupassen, was aber diesen Beitrag sprengen würde. Grundsätzlich ist das alles nicht neu, neu ist jedoch der Skaleneffekt durch die Vernetzung und die damit verbundene Geschwindigkeit und Dynamik. Neu ist auch, dass man sich nicht nur mehr auf den Einbrecher/Gegner aus der „Nachbarschaft“ vorbereiten muss, sondern auf den besten Einbrecher, der von überallher kommen kann und einen auch noch dazu zum Mittäter machen kann.

#### Breite Angriffsflächen

Wir dürfen uns daher nicht wundern, wenn wir eine so breite Angriffsfläche bieten, dass diese auch ausgenutzt



wird. Zu allem Überduss kommt noch hinzu, dass die von uns geschaffene Komplexität nicht einmal mehr einen Angreifer benötigt, um uns selbst zu schaden. Leider waren wir bisher auch erfolgreich darin, immer erst dann Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen, wenn es bereits konkrete Vorfälle und Schäden gab. Man erinnere sich nur an die Hochwässer der vergangenen Jahre, Lawinkatastrophen oder auch die Migrationswelle, immer haben wir zugewartet und nachher teuer repariert. Bei den absehbaren zukünftigen Infrastrukturausfällen könnte das jedoch fatal enden (siehe auch „Der Offizier“ 3 und 4/2015).

#### Regeln und Regulation

Mit diesem Beitrag wurde versucht, das Wettrennen zwischen Angreifer und Verteidiger, sofern solche überhaupt auszumachen sind, im Bereich Internet der Dinge etwas näher darzustellen. Nachdem weder die Hersteller / der Markt noch die Konsumenten wirklich ein erkennbares Interesse daran haben, für mehr Sicherheit zu sorgen, wird hier eine Regulierung bzw. die Vorgabe von Mindeststandards unumgänglich sein. Was derzeit für viele nur schwer vorstellbar ist, wird sich spätestens nach dem ersten schweren Zwischenfall ändern. So waren etwa viele Maßnahmen, die nach 9/11 gesetzt wurden, zuvor auch nicht vorstellbar gewesen. Klüger wäre es jedoch, sich bereits vorher

mit diesem Thema auseinanderzusetzen und nicht dann im Schockzustand überzureagieren und das Kind mit dem Bad auszuschütten, wie wir das leider immer wieder erleben. Klar ist auch, dass eine nationale Regulierung völlig unzureichend ist und daher ein breiter internationaler Ansatz erfolgen muss. Das erfordert jedoch auch umfangreiche Fachexpertisen und vernetztes Denken, sonst könnte der Schuss leicht nach hinten losgehen.

/ Dieser Beitrag hat hoffentlich auch die Aussagen und Einwände in den bisherigen Beiträgen („Der Offizier“ 3 und 4/2015 bzw. 4/2016) weiter untermauert bzw. die Notwendigkeit von einem neuen Sicherheitsdenken, das vor allem auf Robustheit und Resilienz fokussiert und eine bessere Vernetzung über Systemgrenzen hinaus vorsieht, verdeutlicht. / Es wäre auch nicht das erste Mal, dass der Gegner bzw. neue Technologien unterschätzt würden, was ja gerade zum kürzlich begangenen 150-Jahre-Jubiläum „Königgrätz 1866“ passt. Daher zum Schluss eine auch für diesen Bereich gültige Weisheit von Sun Tzu: „Wenn du dich und den Feind kennst, brauchst du den Ausgang von hundert Schlachten nicht zu fürchten. Wenn du dich selbst kennst, doch nicht den Feind, wirst du für jeden Sieg, den du erringst, eine Niederlage erleiden. Wenn du weder den Feind noch dich selbst kennst, wirst du in jeder Schlacht unterliegen.“



# Eurofighter: Strafanzeige gegen zwei Airbus-Unternehmen

Das Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport hat bei der Staatsanwaltschaft Wien eine Strafanzeige wegen des Verdachts auf arglistige und betrügerische Täuschung gegen die Airbus Defence and Space GmbH (vormals EADS Deutschland GmbH) und die Eurofighter Jagdflugzeug GmbH eingebracht. Die Republik Österreich, vertreten durch die Finanzprokuratur, hat sich dem Strafverfahren gegen die beiden Airbus-Unternehmen als Privatbeteiligte angeschlossen. Grundlage für die Sachverhaltsdarstellung mit Privatbeteiligtenanschluss sind die Ermittlungen der im Verteidigungsministerium 2012 eingerichteten „Task Force Eurofighter“.

/ Aufgrund der Untersuchungen der „Task Force Eurofighter“ geht das Ministerium in seiner Strafanzeige davon aus, dass die beiden angezeigten Airbus-Unternehmen die Republik Österreich seit 2002 sowohl über den wahren Kaufpreis als auch über die wahre Lieferfähigkeit und wahre Ausstattung der Eurofighter-Abfangjäger in betrügerischer Absicht getäuscht haben.

/ Verteidigungsminister Doskozil: „Ohne die betrügerischen Täuschungshandlungen der beiden Airbus-Unternehmen hätte sich die Republik Österreich im Jahr 2003 nicht für den Ankauf der Eurofighter entschieden. Auch der Vergleich vom Juni 2007 wäre nie zustande gekommen.“

## Republik Österreich fordert Schadenswiedergutmachung

Wolfgang Peschorn, Präsident der Finanzprokuratur: „Die Republik Österreich hat sich dem Strafverfahren gegen die beiden Airbus-Unternehmen angeschlossen.“ Der Schaden der Republik errechnet sich aus der Summe aus dem bezahlten Kaufpreis für 15 Eurofighter zuzüglich der Differenz aus den bislang angefallenen Betriebskosten für die Eurofighter im Vergleich zu hypothetischen Betriebskosten eines alternativen Flugzeuges abzüglich des heutigen Zeitwerts der 15 österreichischen Eurofighter. Der heute bekannte Schaden kann daher bis zu 1,1 Milliarden Euro betragen. Er steht jedenfalls mit zumindest 183,4 Millionen Euro fest, die die beiden Airbus-Unternehmen im Rahmen ihrer listigen Irreführung in den Kaufpreis eingepreist haben. Hinzu kommt der Schaden aus den zukünftig entstehenden Mehraufwendungen

für den Betrieb des teureren Eurofighters, der heute noch nicht beziffert werden kann.

## Betrug durch Täuschung über den wahren Wert des Kaufgegenstandes

Die Sachverhaltsdarstellung belegt, dass die beiden angezeigten Airbus-Unternehmen die Republik Österreich nie darüber aufgeklärt haben, in den Kaufpreis von 1,959 Milliarden Euro fast 10 Prozent, exakt 183,4 Millionen Euro, für Gegengeschäftskosten eingepreist zu haben. Dies, obwohl die Republik Österreich bereits in den ersten Ausschreibungsunterlagen von 2001 eindeutig verlangt hat, Kosten für die Abwicklung der geforderten Gegengeschäfte gesondert auszuweisen. Tatsächlich wurden die arglistig eingepreisten 183,4 Millionen Euro für legale, aber auch für kriminelle Gegengeschäftskosten verwendet. Sowohl die Staatsanwaltschaft München als auch die Staatsanwaltschaft Wien ermitteln in diesem Zusammenhang bereits seit Längerem.

## Betrug durch Täuschung über den Kaufgegenstand

Die Beweislage der „Task Force Eurofighter“ legt weiters nahe, dass die beiden angezeigten Airbus-Unternehmen der Republik Österreich seit 2002 die Lieferung eines Kaufgegenstandes versprochen und vertraglich zusicherten, obwohl sie zu dessen vertraglich vereinbarter Lieferung weder in der Lage noch willens dazu waren. Der 2007 abgeschlossene Vergleich zwischen der Republik Österreich und den Airbus-Unternehmen ändert nichts an der Strafbarkeit dieser Täuschungshandlungen.

## Luftraumüberwachung gesichert

Unabhängig von der strafrechtlichen Aufarbeitung der Vergangenheit sei es aber die erste und wichtigste Aufgabe als Verteidigungsminister, die Sicherheit des Landes zu garantieren, so Doskozil.

/ Der Minister: „Die Luftraumüberwachung durch das Österreichische Bundesheer ist weiterhin sichergestellt. Unsere Luftstreitkräfte und unsere Piloten machen einen hervorragenden Job. Dazu brauchen sie leistungsfähige Abfangjäger. Ich bekenne mich zu 100 Prozent zur Aufgabe der Luftraumüberwachung durch das Österreichische Bundesheer.“ (Quelle: BMLVS) ✕



Abfangjäger sichern den Luftraum über Westösterreich.



Die Radarstation am Salzburger Kolomansberg ist Teil des „Goldhaube“-Systems.

# Luftraumüberwachungsoperation „Dädalus 2017“

Vom 17. bis 20. Jänner 2017 fanden in Davos-Klosters, Schweiz, die jährlichen Veranstaltungen des World Economic Forum (WEF) statt. Hierbei kommen international führende Politiker, Wirtschaftsexperten, Intellektuelle und Journalisten zusammen, um über aktuelle globale Fragen zu diskutieren. Den internationalen Standards entsprechend werden auch für diese Großveranstaltung Sicherheitsmaßnahmen in der Luft und am Boden vorgenommen. Da Davos nahe der österreichischen Grenze liegt, erging seitens der Schweiz das Ersuchen, den Luftraum in Österreich abzusichern. Zur Absicherung der jährlichen Veranstaltung führte das neu aufgestellte Kommando Luftstreitkräfte die Operation „Dädalus“ durch. Entsprechend der bilateralen Vereinbarungen übernahmen die österreichischen Luftstreitkräfte die Überwachung des im österreichischen Luftraum liegenden Sektors der Flugverbotszone über Tirol und Vorarlberg.

/ Damit dies funktioniert, müssen die Militärluftfahrzeuge, technischen Systeme und das Fachpersonal reibungslos zusammenarbeiten.

## Diese 5 Komponenten sorgen für einen sicheren Luftraum:

**1) Die Eurofighter-Abfangjäger**  
Die Eurofighter sind die schnellsten und modernsten Flugzeuge der Luftstreit-

kräfte. Als „Polizei in der Luft“ stellen sie in kürzester Zeit Sichtkontakt zum Eindringling her und beurteilen die Situation. Wenn nötig, fangen sie den Flieger ab, eskortieren ihn aus der Zone oder erzwingen seine Landung.

## 2) Das Radarsystem „Goldhaube“

Das Luftraumbeobachtungs- und Führungssystem „Goldhaube“ stellt sicher, dass eindringende Luftfahrzeuge geortet, identifiziert und gegebenenfalls abgefangen werden können. Mehrere Radarstationen blicken dabei weit über den heimischen Luftraum hinaus und erkennen Flugzeuge bereits lange, bevor sie über Österreich sind.

## 3) Flächenflugzeuge und Hubschrauber für Langsamflieger

Nicht jedes Privatflugzeug fliegt hoch und schnell. Flächenflugzeuge wie die PC-7 „Turbo Trainer“ und Hubschrauber des Bundesheeres kümmern sich um Flieger, die langsam und oft in geringer Höhe in das Flugbeschränkungsgebiet eindringen.

## 4) Radarleitoffiziere

Die Soldaten des Radarleitdienstes beobachten den Luftraum rund um die Uhr. Von der Luftraumüberwachungszentrale aus führen sie mit Hilfe von Radar und Funk alle eingesetzten Flugzeuge. ➤



Das Flugbeschränkungsgebiet über Tirol und Vorarlberg wird in verschiedene Sektoren unterteilt.

### 5) Tieffliegererfassungsradar

Die Tieffliegererfassungsradare des Bundesheeres sind mobil und kommen zum Einsatz, um die festen Radarstationen des Heeres zu ergänzen. In den Bergen und Tälern Westösterreichs schließen sie die letzten Lücken im Radarbild.

### Einsatz

Die Luftraumüberwachungszentrale der österreichischen Luftstreitkräfte betreibt dazu rund um die Uhr einen Schwergewichtssektor mit speziellem Augenmerk auf den Luftraum in Vorarlberg und Tirol. Dieser stellt sicher, dass kein Luftfahrzeug unerkannt in die Sperrzone (Flugbeschränkungsgebiet) einfliegt.

/ Für eine optimale Informationsweitergabe zwischen zivilen und militärischen Stellen setzt die Zentrale auch Fachpersonal vor Ort ein. Dessen Aufgabe ist es, sämtliche Start- und Landevorgänge von zivilen Luftfahrzeugen sowie deren Flugwege umgehend an den Schwergewichtssektor zu übermitteln. So arbeiten militärische Teams am Flugplatz Hohenems, in der Landesleitstelle Tirol und der Rettungs- und Feuerwehreinheit Feldkirch Hand in Hand mit den zivilen Einrichtungen. Sämtliche Flugvorhaben werden in ein vernetztes

Computersystem eingegeben und können darin bearbeitet und genehmigt werden. Dies schafft die Voraussetzung für alle weiteren Maßnahmen, die durch das System der Luftraumüberwachung gesetzt werden.

### Reaktion auf unbekannte Flugziele

Kann die Identifizierung durch den Schwergewichtssektor nicht durchgeführt werden, treten Eurofighter, Pilatus PC-7, oder OH 58 „Kiowa“ in Aktion. Der Radarleitdienst führt die bewaffneten Militärflugzeuge in den Bereitstellungsräumen, um sofort auf unbekannte Flugziele reagieren zu können. Mittels Radar und Funk werden die Militärmaschinen zum unbekanntem Flugziel geleitet. Die Einsatzpiloten identifizieren dieses und führen es gegebenenfalls aus dem Flugbeschränkungsgebiet.

### Territorialdienstliche Unterstützung

In territorialen Angelegenheiten sind die Militärkommanden Tirol und Vorarlberg verantwortlich. Die Militärkommanden unterstützen die eingesetzten Kräfte hauptsächlich durch Öffentlichkeitsarbeit und stellen Unterkünfte und

Ein bewaffneter Eurofighter rollt zum Start für einen Luftraumüberwachungsflug



© BUNDESHEER/PATRICIA LANGREITER

Verpflegung und zusätzlich erforderliche Infrastruktur, etwa für Führungsstrukturen, zur Verfügung. Darüber hinaus stellen die Militärkommanden Lawineneinsatzzüge für Zwischenfälle bereit und sichern im Rahmen der zivil-militärischen Zusammenarbeit die Verbindung zu den zivilen Stellen im Land. Im Besonderen sind dies die Landespolizeidirektion und die Landeswarnzentrale.

/ Die Militärkommanden unterstützen auch das „Emergency Response Team Air“ (ERTA) bei der Anlage und Durchführung von Notfallübungen im Zuge der Operation (siehe Infokasten).

### 24 SPEZIALISTEN FÜR DEN NOTFALL BEI FLUGUNFÄLLEN

Das „Emergency Response Team Air“ (ERTA), wie das Notfall-Rettungsteam genannt wird, besteht aus fünf „Crash Crew“ Feuerwehr- und Rettungskräften, fünf Militärpolizisten, zwei ABC-Spezialisten, zwei Mann Presse- und Dokumentationsteam und acht Wachsoldaten sowie zwei Kommandanten. Um in jedem Gelände zum Einsatz kommen zu können, stehen Transporthubschrauber des Typs S-70 „Black Hawk“ und AB-212 sowie ein Notarzt-Hubschrauber des Typs „Alouette“ III zur Verfügung.



Anlandung des ERTA-Teams

### Bilanz

Insgesamt sorgten 22 Luftfahrzeuge, darunter zwölf Flächenflugzeuge und zehn Hubschrauber, im österreichischen Luftraum für die Sicherheit der Veranstaltung. In 192 Einsätzen leisteten die Piloten 370 Flugstunden. Dazu zählen unter anderem Patrouillenflüge zur Überwachung, Flüge zur Identifizierung von Luftraumverletzungen, Transporte sowie die „Cross-Border Operation“ (Nacheile) mit der Schweiz. Es gab acht Luftraumverletzungen. Dabei handelte es sich um Piloten, welche das Flugbeschränkungsgebiet nicht eingehalten hatten. In allen Fällen stellte das Bundesheer die Identität fest und klärte die Situation auf.

/ Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil zieht positive Bilanz: „Das neue Kommando Luftstreitkräfte hat seine erste Bewährungsprobe erfolgreich gemeistert. In den neuen Strukturen können derartige Operationen effizient abgewickelt werden.“

/ Die Verfolgung über die Staatsgrenze wurde erstmalig für spätere Abkommen erprobt. Möglich waren diese Verfolgungsflüge durch die gegenseitige Erteilung von Einfluggenehmigungen. Diese Nacheile stellt bei grenznahen Luftraumverletzungen die lückenlose Beobachtung und Begleitung von Luftfahrzeugen sicher, die sich nicht im Einklang mit den internationalen Luftfahrtlinien verhalten. Damit kann eine Beobachtung von Luftfahrzeugen, aber



Aufklärungs- und Zielzuweisungsradare überwachen den Luftraum

© BUNDESHEER/SCHWÄRZLER (2)

### DER LENKFLUGKÖRPER IRIS-T

Im Rahmen der Luftraumüberwachung werden die Eurofighter mit dem Kurzstrecken Luft-Luft-Lenkflugkörper IRIS-T („InfraRed Imaging System Tail/ThrustVector-Controlled“) bestückt. Dieser ist drei Meter lang und hat einen Durchmesser von 127 mm. Er ist per Datenkabel mit dem Bordcomputer des Jets verbunden. Der auf Grund seiner Flugkörpersteuerflächen und Schubvektorsteuerung extrem manövrierfähige 87 Kilogramm schwere Lenkflugkörper wird von einem Raketenmotor angetrieben. Der Lenkflugkörper findet sein Ziel vollautomatisch mittels der Infrarotsignatur, die zum Beispiel von Triebwerken abgestrahlt wird. Einmal abgefeuert, sucht er mit über zweifacher Schallgeschwindigkeit selbstständig das anvisierte Ziel bis zu einer maximalen Entfernung von 12 Kilometern.



Mittels Hubwagen wird der Lenkflugkörper IRIS-T am Jet montiert.

© BUNDESHEER/MILLER

vor allem die frühzeitige Übergabe zwischen den Luftwaffen zweier Staaten sichergestellt werden. Eine Ausübung von Zwangsmaßnahmen ist nur im eigenen Hoheitsgebiet erlaubt.

/ Die grenzüberschreitende Nacheile gibt es am Boden seit Jahren und ermöglicht der Polizei eine Verfolgung auf das benachbarte Staatsgebiet. „Das Modell

der grenzüberschreitenden Nacheile soll auch in der Luft gelten. Die Erprobung zeigte, dass damit eine Steigerung der Effizienz der Luftraumüberwachung erreicht werden kann. Daher werden wir mit unseren Nachbarstaaten entsprechende Verträge aushandeln“, skizziert der Verteidigungsminister die weitere Vorgangsweise. (ÖOG Red./BMLVS) ✕

# Bauoffensive beim Heer 2017

**E**in modernes Bundesheer benötigt moderne, zeitgemäße Kasernen. Bis 2020 werden daher rund 500 Millionen in die Kasernenstandorte investiert. Die Bauoffensive 2017 hat eine Größenordnung von 115 Millionen Euro.

/ Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil: „Es ist mein Ziel, das Bundesheer mit massiven Investitionen zu modernisieren und damit zu stärken. Ein modernes Bundesheer braucht natürlich auch, zeitgemäße Kasernen. Insgesamt werden wir daher bis 2020 etwa 500 Millionen in die Kasernenstandorte investieren. Die Bauoffensive 2017 hat eine Größenordnung von 115 Millionen Euro. Diese Investitionen sind auch ein Konjunkturprogramm für Österreich. Die heimische Bauwirtschaft profitiert und Arbeitsplätze werden gesichert.“

## Die Schwerpunkte der Bauoffensive des Heeres 2017 beinhalten:

- Steigerung der Attraktivität des Grundwehrdienstes durch Sanierung von Unterkünften, Erneuerung und Neubau von Sportanlagen, Modernisierung der Stellungskommissionen
- Neubau von Garagen und Werkstätten für modernes Gerät
- Moderne Arbeitsinfrastruktur

## Übersicht der größten Bauvorhaben in den Bundesländern

Die Aufträge der Gesamtinvestitionen von 115 Millionen Euro werden mehrheitlich an österreichische Betriebe erteilt.

### Wien – 21,17 Millionen Euro:

- Kommandogebäude Heckenast-Burian: Sanierung und Adaptierung von Gebäuden
- Maria-Theresien-Kaserne: Generalsanierung eines Gebäudes und Bau einer Dreifachsporthalle und eines Unterkunftsgebäudes
- Amtsgebäude Roßau: Überbau des Mittelhofes

### Niederösterreich – 29,23 Millionen Euro:

- Burstyn-Kaserne (Zwölfaxing): Generalsanierung von sechs Kompaniegebäuden (Kambbauten)
- Birago-Kaserne (Melk): Neubau eines Werkstätten- und Garagenbezirkes
- Flugfeld-Kaserne (Wiener Neustadt): Neubau eines Gebäudes für das Jagdkommando

### Burgenland – 3,62 Millionen Euro:

- Benedek-Kaserne (Bruckneudorf): Generalsanierung eines Unterkunftsgebäudes, Instandsetzung eines Daches

### Steiermark – 9,85 Millionen Euro:

- Landwehr-Kaserne (St. Michael): Generalsanierung der Mannschaftsunterkunftsgebäude
- Gablenz-Kaserne (Graz): Generalsanierung des Kompaniegebäudes
- Hackher-Kaserne (Gratkorn): Generalsanierung einer Sporthalle

### Kärnten – 3,85 Millionen Euro:

- Windisch-Kaserne (Klagenfurt): Generalsanierung der Stellungskommission
- Khevenhüller-Kaserne (Klagenfurt): Erneuerung des Heizsystems
- Lutschounig-Kaserne (Villach): Gebäudeumbau

### Oberösterreich – 7,15 Millionen Euro:

- Fliegerhorst Vogler (Hörsching): Generalsanierung der Mannschaftsunterkunftsgebäude
- Fliegerhorst Vogler (Hörsching): Teilsanierung und Adaptierung von Gebäuden für die Stellungskommission Oberösterreich
- Perneck (Bad Ischl): Instandhaltung, Hinterfüllung Stollenanlage

### Salzburg – 18,46 Millionen Euro:

- Schwarzenberg-Kaserne (Wals-Siezenheim): Generalsanierung von Unterkünften
- Schwarzenberg-Kaserne (Wals-Siezenheim): Neubau einer Sporthalle
- Einsatzzentrale Basisraum (St. Johann im Pongau): Erneuerung der Haus- und Gebäudeleittechnik

### Tirol – 9,32 Millionen Euro:

- Standschützen-Kaserne (Innsbruck): Generalsanierung eines Unterkunftsgebäudes
- Truppenübungsplatz Hochfilzen: Neubau einer Mannschaftsunterkunft
- Andreas-Hofer-Kaserne (Absam): Erneuerung des Heizsystems

### Vorarlberg – 300.000 Euro:

- Kommandogebäude Oberst Bilgeri (Bregenz): Instandsetzung Gebäudetechnik

(Quelle: BMLVS)



# Neugliederung des Bundesheeres – Festakt

**M**it 1. Jänner hat das Bundesheer seine neue Gliederung eingenommen. Im Wesentlichen betrifft das die Luftraumüberwachung und die Luftunterstützung, die sich im neuen Kommando Luftstreitkräfte in Salzburg/Wals wiederfinden. Zum neuen Kommando Landstreitkräfte gehören jetzt auch die Heerestruppenschule und das Kommando ABC-Abwehr. / Die beiden Führungsunterstützungsbataillone werden ins neue Kommando Führungsunterstützung & CyberDefence eingegliedert, das Jagdkommando wird jetzt vom Verteidigungsministerium direkt geführt.

## Gliederung für die Zukunft

In Graz wurden am 11. Jänner 2017 die neuen Strukturen mit einem Festakt symbolisch eingenommen. „Dieser Festakt ist ein Zeichen, dass wir die Herausforderungen der Zukunft erkannt haben“, sagte dazu Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil. Er sprach damit die geänderten Strukturen an, die an erwartbare Einsätze des Bundesheeres angepasst wurden.

/ „Die militärische Landesverteidigung ist zwar unsere Hauptaufgabe, wir können uns aber den sicherheitspolitischen Fragen wie Terror, Migration und Entwicklungen im Cyber-Bereich nicht verschließen“, so Doskozil.

## Positiver Ruck ist spürbar

Unter Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste, angeführt vom steirischen Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer sowie Generalstabschef Othmar Commenda, betonte der Kommandant der Landstreitkräfte, Generalleutnant Franz Reißner, in seiner Rede vor allem den positiven Ruck, der in den Streitkräften spürbar sei. Reißner: „Der Dienst in den Streitkräften ist seit der Amtsübernahme durch den Herrn Bundesminister für Landesverteidigung und Sport, Hans Peter Doskozil, von umfangreichen positiven Veränderungen für das Bundesheer zur Gewährleistung

der Sicherheit Österreichs im europäischen Verbund gekennzeichnet.“

## Motivierte Luftstreitkräfte

Der neue Kommandant der Luftstreitkräfte, Brigadier Karl Gruber, versprach, an die neue Aufgabe mit Zuversicht, Motivation und klarem Ziel heranzugehen, um den hohen Ansprüchen, die an die Luftstreitkräfte gestellt würden, zu genügen. Gelte es doch, Verantwortung für 3.500 Bedienstete, 120 Luftfahrzeuge, fünf Flugplätze und eine sehr komplexe Luftfahrttechnik zu übernehmen. (BMLVS)



V. l.: Schützenhöfer, Commenda und Doskozil beim Abschreiten der Front

© BUNDESHEERFUSCH

# Mein Konto bringt jetzt bares Geld.

Wer bei CashBack-Partnern mit BankCard bezahlt, bekommt für jeden Einkauf automatisch einmal im Monat Geld zurück aufs Konto.

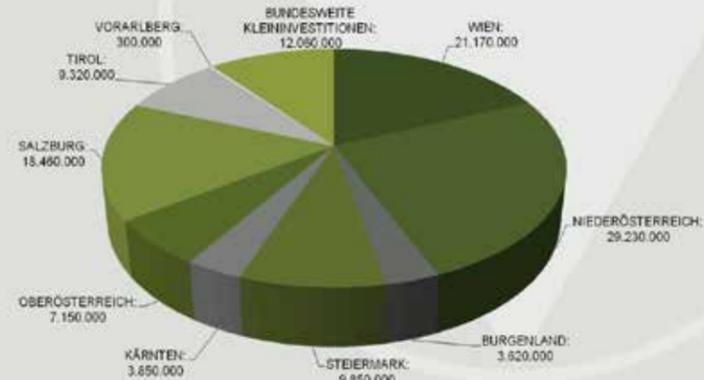
[cashback.bankaustria.at](http://cashback.bankaustria.at)

Ein Service der Bank Austria bis voraussichtlich 31. 12. 2018.

Das Leben ist voller Höhen und Tiefen. Wir sind für Sie da.

Willkommen bei der **Bank Austria**  
Member of **UniCredit**

## Baubudget 2017: 115 Mio. Euro Bundesländerübersicht



Baubudget 2017: 115 Millionen Euro werden in den Bundesländern investiert.

# Zeitschrift „Fokus. Analysen & Perspektiven für Österreichs Sicherheit“

**W**ie bereits in den vergangenen Jahren gibt die Direktion für Sicherheitspolitik auch für 2017 eine „Sicherheitspolitische Jahresvorschau“ heraus. Nationale und internationale Experten analysieren darin für Österreich relevante mögliche sicherheitspolitische Entwicklungen in den kommenden Monaten. Die wesentlichen Inhalte aus diesem Buch sind in der vierten Ausgabe des Magazins „Fokus. Analysen & Perspektiven für Österreichs Sicherheit“ zusammengefasst.

## Herausforderungen und Risiken nehmen weiter zu

Die Analysen der Experten machen deutlich, dass die sicherheitspolitischen Risiken und Herausforderungen weiter zunehmen werden. Insbesondere der sich immer weiter ausdifferenzierende internationale Terrorismus, der anhaltende Migrationsdruck, die steigenden Risiken im Cyber-Bereich sowie die sich einer externen Steuerbarkeit zunehmend entziehenden Konflikte in der Nachbarschaft haben eine direkte Auswirkung auf die Sicherheit Österreichs.

/ Kurz gefasst können folgende sicherheitspolitische Herausforderungen für 2017 identifiziert werden:

- Die Steigerung des realen Sicherheitsnutzens des Bundesheeres im Sinne der Erwartungshaltung der österreichischen Bevölkerung
- Der Ausbau der nationalen Verteidigungsfähigkeit gegenüber hybriden Bedrohungen
- Die Weiterentwicklung internationaler Kooperationen
- Die Fokussierung des internationalen Engagements auf den Schutz der Außengrenzen der EU und auf die Ursachenbekämpfung von Terrorismus und Migration
- Die Verbesserungen im Bereich der Cyberverteidigung
- Die Umsetzung des im September 2016 verabschiedeten Sicherheitspakets der Bundesregierung

## Regionale Zusammenarbeit

Gerade die Migrationskrise der vergangenen beiden Jahre hat auch gezeigt, dass die EU, wenn es um die Bewältigung fundamentaler Herausforderungen geht, noch immer erhebliche gesamteuropäische Handlungsschwächen hat. Österreich ist

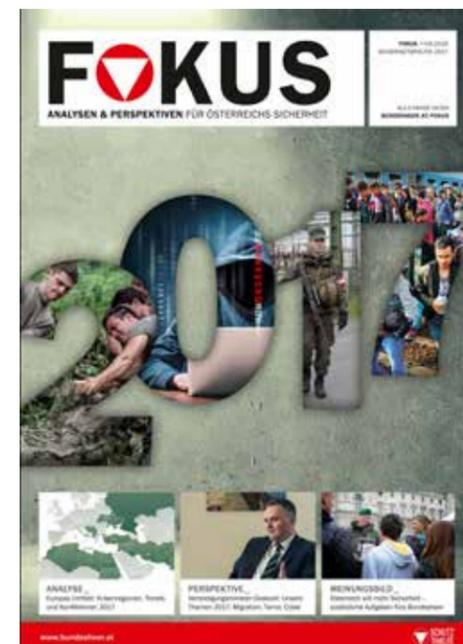
daher weiterhin gefordert, einerseits die EU als den zentralen Handlungsrahmen seiner Sicherheitspolitik bestmöglich zu stärken, andererseits aber dort, wo es um vitale nationale Interessen geht, erforderlichenfalls auch alleine oder mit gleichgesinnten Partnerstaaten handeln zu können.

/ Die Zusammenarbeit der zentraleuropäischen Staaten bei der Schließung der Westbalkan-Route ist in diesem Zusammenhang beispielgebend und sollte auch auf andere Bereiche übertragen werden.

## Erfolgreiche Sicherheitspolitik durch strategische Vorausschau

Wesentliches Kriterium jeder erfolgreichen Sicherheitspolitik ist eine umfassende strategische Vorausschau und eine bestmögliche Vorbereitung auf kommende Entwicklungen. Es gilt, Entscheidungsträger rechtzeitig und sachlich mit den dringendsten Herausforderungen der Zukunft vertraut zu machen, bevor eine Krise eintritt und den Spielraum zum Nachdenken nimmt.

/ In Verbindung mit der seit langem erstmaligen Erhöhung des Verteidigungsbudgets stellte das abgelaufene Jahr zweifellos eine Trendumkehr in der österreichischen Verteidigungspolitik dar. 2017 ist nun das Jahr der Umsetzung und der Fortsetzung des eingeschlagenen Kurses im Sinne der Sicherheit Österreichs. (BMLVS/Büro für Sicherheitspolitik) ✕



© BÜRO FÜR SICHERHEITSPOLITIK

# Bundespräsident und Oberbefehlshaber

**S**chon am 12. Jänner traf Verteidigungsminister Mag. Hans Peter Doskozil den gewählten Bundespräsidenten Alexander Van der Bellen zu einem ersten informellen Arbeitsgespräch.

/ Doskozil betonte, dass er sich auf die künftige Zusammenarbeit freue und gemeinsame Truppenbesuche mit Van der Bellen plane. Der Minister schenkte dem Präsidenten in spe zum Einstand ein sicherheitspolitisches Jahrbuch. Die Anliegen der Armee sieht Doskozil beim neuen Oberbefehlshaber des Bundesheeres gut aufgehoben. Alexander Van der Bellen sagte im Anschluss an das Treffen, er werde seine Rolle als Oberbefehlshaber des Militärs „sehr ernst nehmen“ und sehe sich als „Schirmherr und Unterstützer des Bundesheeres“.

Van der Bellen betonte außerdem die Bedeutung der internationalen Auslandseinsätze der österreichischen Soldaten: Österreich sei kein Trittbrettfahrer der NATO, sondern beteilige sich im Verhältnis zu seiner Größe redlich an internationalen Missionen.

/ Am 26. Jänner erfolgte die Angelobung des Bundespräsidenten Dr. Alexander Van der Bellen vor der Bundesversammlung. Mit den Worten „Ich gelobe, dass ich die Verfassung und alle Gesetze der Republik getreulich beobachten und meine Pflicht nach bestem Wissen und Gewissen erfüllen werde“, leistete er seinen Amtseid. In seiner Antrittsrede führte Van der Bellen unter anderem aus: „In diesem Zusammenhang vielleicht ein Wort zu einem Thema, wo manche von Ihnen vielleicht

noch eine geteilte Meinung haben: Der Bundespräsident hat zugleich den Titel Oberbefehlshaber des Bundesheeres, ▶



Bundespräsident Alexander Van der Bellen: „Ich übernehme den verfassungsmäßigen Oberbefehl über das Bundesheer.“

© BUNDESHEER/PARALD G. M. MINICH

**pass'n'go** DER SCHNELLE WEG ZUM REISEPASS.  
Alles, was Sie brauchen: [reisepass.oesd.at](http://reisepass.oesd.at)

## Angst vor Schlangen? Jetzt neuen Pass beantragen!

Heuer laufen in Österreich besonders viele Reisepässe ab. Auch Ihrer? Dann gehen Sie auf Nummer sicher und beantragen rechtzeitig Ihren neuen Hochsicherheits-Pass. So ersparen Sie sich lange Wartezeiten und Unannehmlichkeiten.

Ein Service der Österreichischen Staatsdruckerei.

[reisepass.oesd.at](http://reisepass.oesd.at) | [facebook.com/staatsdruckerei](https://facebook.com/staatsdruckerei)



jenes Bundesheeres, das sich insbesondere Werten wie Schutz der Demokratie, Achtung der Menschenrechte sowie Frieden und Solidarität verpflichtet hat. Und ich werde diese Funktion sehr ernst nehmen und sehe mich als Schirmherr und Unterstützer des Bundesheeres. Und deswegen freut es mich wirklich, sagen zu können, dass die Reputation und das Ansehen des Bundesheeres im Lauf der Jahre und gerade in letzter Zeit deutlich angestiegen ist. Ich bin überzeugt, dass diese positive Entwicklung nicht zufällig ist, sondern auf der hohen Professionalität, dem persönlichen Engagement der Soldatinnen und Soldaten beruht, diesem Engagement, das sie schon oft bei internationalen Auslandseinsätzen und der unmittelbaren Unterstützung der Bevölkerung nach Naturkatastrophen unter Beweis gestellt haben.“

/ Im Zuge des militärischen Festaktes anlässlich seiner Amtseinführung führte Van der Bellen vor den Kommandanten der Truppen des Bundesheeres sowie den Leitern aus der Zentralstelle des BMLVS aus: „Ich übernehme den verfassungsmäßigen Oberbefehl über das Bundesheer mit großem Respekt, aber auch mit der Gewissheit, Oberbefehlshaber eines Heeres zu sein, das sich Werten wie Verantwortung, Schutz der Demokratie, Achtung der Menschenrechte, Frieden und Solidarität verschrieben hat.“

/ In einem Tagesbefehl anlässlich seiner Amtsübernahme verspricht Van der



Kranzniederlegung am äußeren Burgtor

© PETER LECHNER/HBF

Bellen unter anderem: „Damit Sie Ihre Aufgaben erfolgreich bewältigen können, liegt es in der Verantwortung von Bundesregierung und Parlament, Ihnen dafür die notwendigen personellen, materiellen und infrastrukturellen Mittel zur Verfügung zu stellen. Als Ihr Oberbefehlshaber werde ich darauf ein wachsames Auge haben. Ich werde bestrebt sein, mit Ihnen gut und vertrauensvoll zusammenzuarbeiten sowie für Ihre Sorgen und Anliegen stets ein offenes Ohr zu haben. Ich freue mich auf unsere gemeinsame Arbeit im Interesse der Sicherheit unserer Heimat und dem Schutz der österreichischen Bevölkerung.“

/ Als Adjutanten hat sich Van der Bellen Brigadier Mag. Thomas Starlinger ausgesucht, dieser wird ihn als Berater

und als Verbindungsorgan zum Bundesheer in die Hofburg begleiten.

/ Starlinger wurde 1963 in Gmunden geboren. In den vergangenen vier Jahren war er Vizechef des Stabes beim multinationalen Kommando „Operative Führung Eingreifkräfte“ in Ulm. Von 2003 bis 2007 war er bei der österreichischen Militärmission in der Europäischen Verteidigungsagentur Brüssel tätig. Von 2007 bis 2013 war Brigadier Starlinger Kommandant der 7. Jägerbrigade. Von November 2008 bis Mai 2009 übernahm er das Kommando über die „Multinationale Task Force Süd“ im Rahmen des KFOR-Einsatzes im Kosovo. Weitere Auslandseinsätze absolvierte er in Syrien, Zypern, im Iran und in Tadschikistan. (ÖÖG Red./BMLVS) ✕



Angelobung des Bundespräsidenten Dr. Alexander Van der Bellen vor der 18. Bundesversammlung im Historischen Sitzungssaal des Parlaments

© AMÉLIE CHAPALAIN/PRK



UNSER HEER



Ein Heer von Möglichkeiten.

## FÜHRUNGSSTÄRKE BEWEISEN ALS ECHTES VORBILD FÜR DIE JUNGEN.

Die Unteroffiziere des Bundesheeres sorgen als Führungskräfte und in der Weiterbildung engagiert und professionell dafür, dass sich unser Heer und dessen Nachwuchs sicher weiterentwickelt. Mit erstklassig ausgebildeten Soldatinnen und Soldaten in allen Einsatzbereichen. Mit Engagement und Verantwortung für unser Land.

Auf unsere Unteroffiziere kommt's an.  
**MIT SICHERHEIT.**

bundesheer.at



# Das sicherheitspolitische Gewissen der Republik Österreich